



Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007

Nr. 16.

Berlin, den 21. Juli 1918.

13. Jahrgang.

Schlaf' Kindchen, Schlaf'!

Berlin, den 16. Juli 1918.

Die parlamentarische Lakaienstute.

Am 13. Juli ist der deutsche Reichstag in die Ferien gegangen. Vier Monate lang dürfen die Herren Volksvertreter von ihrer schweren Arbeit ausruhen. Erst im November brauchen sie wieder in den „Stall“ am Königsplatz zurückzukehren, um wieder ein bißchen mitregieren zu helfen, oder richtiger, um das Pensum zu erledigen, das ihnen die Dienstherrschaft zuweist. Die Herren können in behaglicher Ruhe ihre Sommerfrische genießen: ihr Kontrakt ist wieder auf ein Jahr verlängert, ihre Diäten sind von 3000 auf 5000 Mk. erhöht worden und sie haben der Regierung wieder eine erkleckliche Anzahl von Milliarden bewilligt. Und damit dem braven Michel der Eintritt in das fünfte Kriegsjahr nicht gar zu bitter eingehe, hat die Mehrheit und vor allem der Regierungsozialismus den starken Mann markiert und ein wenig gegen den politischen Haushofmeister Hertling aufgemutet. Ebenso schnell hat man sich aber nach Lakaienart wieder geduckt und ist gern bereit, unter der alten Dienstherrschaft weiterzuarbeiten.

Die herrschenden Gewalten können mit ihren parlamentarischen Lakaien zufrieden sein. Sie haben zunächst für vier Monate völlige Bewegungsfreiheit. Die Regierung Hertling, unter der der Friedensweg durch Brest-Litowsk und die „Befreiungs“aktionen der gepanzerten Faust im Osten verbarrikadiert worden ist, sitzt fester denn je im Sattel. Zudem hat es die Regierung Hertling leicht gehabt, mit einem halben Duzend portionsweise verzapfter Erklärungen den parlamentarischen Lakaien den Mund zu stopfen. Und da infolge der Vorgänge der letzten Tage in Deutschland die ganze Kriegsmute im Ententelager wieder neuen Anlaß zum Klaffen erhalten hat, können die braven Volkstribunen ihre eigene Waschlappe mit der Schlechtigkeit — der anderen entschuldigen. Es ist also alles in schönster Ordnung. Das Ministerium Hertling kann seelenruhig in das fünfte Kriegsjahr hineinmarschieren und wird sich auch gegen die Stürme des fünften Kriegswinters zu decken wissen; die Resolutionshelden der Reichstagsmehrheit haben getan als ob sie etwas täten.

Für das Steuernahlen haben die Reichsboten tüchtig gesorgt. Die Regierung präsentierte eine vorläufige Rechnung von „nur“ drei Milliarden, der Reichstag bewilligte ihr aber über 4 Milliarden. Davon sind allein über 2200 Millionen indirekte Steuern, d. h. Steuern, die dauernd und von Jahr zu Jahr steigend die Lebenshaltung der breiten Massen belasten werden. Die bewilligten direkten Steuern betragen knapp 2 Milliarden und gelten zunächst nur für ein Jahr. Dabei ist das ganze, trotz der Milliardenbeträge, im Verhältnis zu der großen Schlufrechnung des Krieges ein armseliges Steuerflückerwerk. Je länger der Krieg dauert, desto riesiger wird die Endsumme der Schlufrechnung. Es gibt genug politische Kinder, die in ihrem Schlafe davon träumen, daß, sobald die Friedensglocken läuten, auch alles, wie der Berliner sagt, wieder in Butter sei. Da wird es dann ein bitteres Erwachen geben, wenn man merken wird, daß die Teuerung auch für die Friedensjahre Dauerzustand geworden ist. Ohne eine energische, selbständige und durchgreifende proletarische Politik werden die Massen nach der Kriegsnot einen, wie der Exkanzler Michaelis es nannte, Notfrieden in den Kauf nehmen müssen.

Als Schluß- und Anallekt der abgeschlossenen Reichstagsperiode haben die bürgerlichen Par-

teien, zu denen der Regierungsozialismus nachgerade ohne weiteres zu rechnen ist, 15 Milliarden neue Kriegskredite bewilligt. Es ist das die zehnte Kreditbewilligung. Die Kriegsschulden sind damit auf 139 Milliarden angestiegen.

Die Regierungsozialisten haben natürlich auch die zehnte Kreditforderung glatt bewilligt. Die von uns in der vorigen Nummer prophezeite Erklärung ist von Herrn Ebert prompt abgegeben worden. Trotz aller Erklärungssphrasen läuft die Bewilligung in der Tat und in Wahrheit auf eine Unterstützung der imperialistischen Gewalten hinaus. Die Thomas, Hyndman, Gompers und wie die Artgenossen der Scheidemänner im Ententelager sonst heißen, können wieder das Maul aufreißen und den ehrlichen proletarischen Friedensfreunden ihrer Länder die Arme binden. Aber was sieht das die Staatsmänner der „proletarischen Kampfpartei“ an. Dürfen sie doch jetzt wieder im Mehrheitsblock bleiben und weiter ihren Einfluß-Illusionen nachjagen. Als praktische und nicht wegzuleugnende Tatsache bleibt bestehen, daß die Regierungsozialisten durch ihre Bewilligung und durch ihr Kleben am Block trotz aller Nörgereien die Regierung Hertling einschließlich des Herrn Hingke stützen.

Um aber der deutschen Arbeiterschaft weiszumachen, daß man auch noch Opposition spielen könne, hat man den Etat abgelehnt. Als ob das jetzt in der Zeit, in der die Kriegskredite der Ed- und Brüstlein der Staatswirtschaft sind, irgendeine praktische Bedeutung hätte. Die Regierung ist daher auch seelenruhig über die Etatablehnung zur Tagesordnung übergegangen. Auch die Blockbrüder haben sich darüber nicht aufgeregt.

Ah, im Herbst werden die eigentlichen Lenker der Geschicke des deutschen Volkes wieder neue Staats- und Kriegsnotwendigkeiten auf Lager haben, vor denen diese Art Oppositionshelden de- und wehmütig zu Kreuze kriechen werden.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat die Kriegskredite abgelehnt. In ihrem Namen gab Genosse Geyer eine Erklärung ab. Und wenn auch im Berichte beide Erklärungen aufeinander folgen, so klappt doch zwischen beiden eine unüberbrückbare Kluft. Sozialpatriotismus und internationaler Sozialismus stehen sich hier unverföhlich gegenüber.

Es ist uns leider nicht möglich, daß wir die auf der Parlamentstribüne abgegebene Erklärung unserer Fraktion in unserem Blatte, einem Organ der Unabhängigen Partei, den Angehörigen dieser Partei nicht mitteilen können. Den ganzen Sitzungsbericht hier wiederzugeben fehlen Mittel und Raum. Wir bitten unsere Parteigenossen, die Erklärung Geyers wie die Eberts nach den Reichstagsberichten der „Leipziger Volkszeitung“ oder anderer Parteiblätter zur Kenntnis weiterer Arbeiterkreise zu bringen. Es wird Zeit, daß man die politischen Schlafmützen wahrüttelt.

• • •

Der Jahrmarkt der Konfusionen.

In der ersten Julihälfte gewährte die regierungsozialistische Parteipresse das Bild einer heillosen Direktionslosigkeit und Zersahrenheit. Dieselben Leute, die gierig die Spalten der Bremer „Arbeiterpolitik“, des Stuttgarter „Sozialdemokrat“, der Mehring-Briefe an die „Pravda“ und andere Preßerzeugnisse durchschnüffeln, um dort Material für ihre Theorie vom

Zusammenbruch der Unabhängigen Sozialdemokratie zu finden, haben selbst ein Lohwabohu der Meinungen und politischen Urteile zustande gebracht, daß man ganze Bände mit den Beweistücken ihrer Konfusion und politischen Charakterlosigkeit füllen könnte.

„Kühlmannkrise ist Kanzlerkrise“, schmetterte der „Vorwärts“ herausfordernd in die Welt, um dann von Tag zu Tag immer kleinlauter zu werden und schließlich das neugefestigte Ministerium Hertling einschließlich des Herrn von Hingke herunterzuschleudern und zur Erneuerung der Blockfreundschaft seinen Segen zu geben. Als Menschen von besserer Lebensart sind die Herren Regierungsozialisten dem neuen, aufstrotzenden Staatssekretär des Neuhern auch menschlich näher getreten, was der „Vorwärts“ und die andere regierungsozialistische Presse ihren Arbeiterlesern verschwiegen hat. Herr von Payer, dieser „Demokrat“ im Ministerfrack, gab im Garten seiner Amtswohnung einen Bierabend, auf dem auserwählte Parlamentarier mit Herrn Hingke plaudern konnten. Auch die Herren der „proletarischen Kampfpartei“, die Herren Scheidemann, Ebert und David haben mit dem Freunde Reventlows unterhaltlich geschmust.

Das hat nicht gehindert, daß man in der regierungsozialistischen Presse zur Täuschung des dummen Arbeiters starke Töne angeschlagen hat. Da man sich aber über das Leitmotiv nicht klar war, hat es eine Zeitlang ziemlichen Kuddelmuddel gegeben. Da nörgelte Herr Stampfer in seiner Korrespondenz an die Provinzpresse unter der Ueberschrift „Erklärungskleister“ an den Erklärungen Hertlings herum. Ein anderes regierungsozialistisches Blatt schrieb von der großen „Einseitigkeit“, nahm aber die Entscheidung der Fraktion ergebungsvoll hin und ließ sich dergestalt gründlich mit einseifen. Zornig sauchte Herr Meerfeld in der „Rheinischen Zeitung“: „Man wird dem Kanzler klar machen müssen, daß das bloße Mundspitzen nichts hilft. Wenn der Mann nur immer wieder redet und zugleich mit seinem Namen Handlungen deckt, die uns von der Möglichkeit baldigen Friedens immer mehr entfernen, so muß die Parole lauten: „Fort mit Hertling!“ Es koste, was es wolle: im Herbst müssen wir zum Frieden zu kommen versuchen.“ Nun, Graf Hertling hat wieder geredet, der Kurs bleibt der alte, aber Herr Meerfeld hat brav die Kriegskredite bewilligt und hat damit eben diesen Grafen Hertling im Sattel gehalten.

„In weitesten Kreisen ist die Stimmung so, daß man überhaupt nichts mehr von Erklärungen erwartet“, schrieb ein anderes, das Frankfurter regierungsozialistische Blatt. Jetzt, nachdem die Kredite bewilligt worden sind, muß man allen Gehirnschmalz aufwenden, um nachzuweisen, daß in den Erklärungen Hertlings immerhin, unter Umständen, möglichenfalls, eventuell doch etwas Erfreuliches enthalten sei.

Zu Duzenden ließen sich solche Proben regierungsozialistischer Konfusion und Unehrlichkeit noch anführen. Nur zwei oder drei Beispiele mögen für sich selbst sprechen. Das Nürnberger Blatt schrieb:

„Nicht die Sprengung einer Mehrheit, die sich von der Militärdiktatur faktischen läßt, sondern die Aufrechterhaltung eines solchen scheinparlamentarischen Systems muß unser Ansehen im Auslande schädigen, das Mißtrauen noch vermehren und den Kriegsverlängerern im feindlichen Auslande weiteren Stoff bieten, um die Fortführung des Kampfes gegen den preussischen Militarismus als notwendig begründen.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ sagte: „Alles in allem kann man sagen, daß im Machtkampf der beiden großen politischen Strömungen die von der Sozialdemokratie vertretene einen Rückschlag erfahren hat. Ehrlichkeit nötigt, das offen auszusprechen.“

Das „Hamburger Echo“ dagegen sagt: „Darum war die Verständigung(!), die jetzt zwischen Reichsleitung und Volksvertretung hergestellt ist, notwendig, weil sie das ersehnte Ende des Krieges herbeiführen hilft.“

In diesem Wirrwarr der Meinungen hat schließlich die sozialimperialistische Richtung gesiegt, d. h. die Richtung, die die Generalkommission der Gewerkschaften und den millionenschweren sozialistischen Kriegsgewinnler Parvus, der der deutschen Regierung schon so manchen wertvollen Dienst leistete, hinter sich hat, die Richtung, deren Sprachrohr die J. K. und die „Globe“ ist und die dem Oppositionsmute der Stampfer, Meerfeld, Braun usw. das Rückgrat gebrochen hat.

Nun hat es aber mit der rabulistisch zurechtgelegten Theorie von der Landesverteidigung sein eigenes Bewenden. Da mit jedem neuen Kriegsjahr die inneren und äußeren Schwierigkeiten der Kriegführung — der Regierungssozialismus braucht dafür das Wort „Landesverteidigung“ — größer werden, muß man solange die Mittel zur „Landesverteidigung“ bewilligen, bis entweder der Gegner zerschmettert am Boden liegt oder bis die Notenpresse den Dienst versagt und der letzte Mann im Granattrichter liegt. Eine andere Lösung läßt das „grundsätzliche Bekenntnis zur Landesverteidigung“ nicht zu. Das hat das Schicksal der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 bewiesen.

Eine gründliche Lösung der Kriegswirren ist nur mit den Methoden des internationalen Sozialismus möglich. Davon wollen die Regierungssozialisten nichts wissen.

Kriegskostproben.

sd. Im Frieden hatte der deutsche Arbeiter nach Professor Hirschfeld im Durchschnitt täglich konsumiert: 470 Gramm Brot, 550 Gramm Kartoffeln, 135 Gramm Fleisch. Dazu kamen noch ansehnliche Mengen anderer heute sehr knapper Nahrungsmittel. So entfielen auf den Kopf der Gesamtbevölkerung gegen 100 Gramm Fett täglich, 2 Eier wöchentlich, 3 Pfund Zucker monatlich. Diese Zahlen zeigen am besten, wie gründlich unser Körper hat umlernen müssen. . . .

„Wir brauchen uns um unserer Ernährung willen keine Sorge zu machen; Deutschland kann sich selbst ernähren!“ So verkündete am 4. August 1914 der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg. Er gehörte zu den falschen Propheten. 1918 erklärten unsere Staatsmänner: „Mit Hilfe der Ukraine, Rumaniens, Bessarabiens usw. ist Deutschlands Ernährung gesichert.“ Wer leben wird, wird sehen!

Allerhand Volksfreunde sind weiter auf der Suche nach Ersatzmitteln für das immer knapper werdende Brot. In Wien hat kürzlich ein findiger Kopf Brot mit einem Gehalt von 10 Proz. Buchenholzmehl hergestellt und damit hochwissenschaftliche Untersuchungen vorgenommen. Er gibt zwar zu, daß das Holzpulver nicht den geringsten Nährwert besitzt und unverändert wieder ausgeschieden wird, aber er weiß als Vorkämpfer seines Fabrikates hervorzuheben, daß es die Ausnutzung der übrigen Nahrung im Darm wenigstens nicht störe und deutlich zur Beseitigung einer vorhandenen Stuhlverstopfung beitrage. Also weg mit Glaubersalz und Schotenteel! Ihr Hatt-leibigen, esset nur noch Buchenholzmehlbrot!

Medizinische Zeitschriften weisen darauf hin, daß die vom Ausland eingeführten Schinken und Fleischwaren trichinenverdrächtig seien und die Schleimhautbutter als Verbreiterin des Typhus in Betracht komme. Da kann es einem armen Teufel, der zufällig einmal diese Delikatessen erwischt hat, noch recht übel ergehen. Der alte Baumert in den „Beobachtern“ hat doch wenigstens das seinem Magen ungewohnte „Fleisch“ wieder von sich geben können, — die Typhusbazillen und Trichinen wird man nicht so schnell los.

Die Gesundheitsämter veröffentlichen Ratsschlüsse zur Vorbeugung der Ruhr und anderer Seuchen, die hygienischen Institute bereiten sich auf Massenuntersuchungen vor. Es ist nämlich zu befürchten, daß im Sommer und Frühherbst manche ansteckenden Krankheiten wieder stärker um sich greifen werden. Vernünftiger wäre es, die Ursachen für die Entstehung von Epidemien zu beseitigen; das enge Zusammenwohnen, die Unsauberkeit, bedingt durch den Mangel an Kleidung, Wäsche und Seife, und die Unterernährung, die den Körper zermürbt und widerstandsunfähig macht. Das Mittelalter kannte aus vielfältiger Erfahrung den innigen Zusammenhang zwischen Seuchen und Notzeiten recht gut; es prägte den Spruch:

Krieg, Pestilenz und teure Zeit,
Ist das eine da, ist das andere nicht weit.

Sozialrevolutionäre und Bolschewiki.

Anlässlich der Ermordung des Grafen Mirbach in Moskau brachte die „Wiener Arbeiterzeitung“ einen Artikel, in dem u. a. von gut unterrichteter Seite folgende Ausführungen über die Sozialrevolutionäre und ihr Verhältnis zu den Bolschewiki gemacht wurde:

Seit dem Anfang der neunziger Jahre waren die revolutionären Kräfte in Rußland in zwei Parteien geschieden: in die Sozialdemokraten und die Sozialisten-Revolutionäre. Die Sozialdemokraten, die sich 1903 selbst wieder in Bolschewiki und Menschewiki teilten, stimmen in Lehre und Programm mit der Sozialdemokratischen West- und Mitteleuropas überein; die Sozialisten-Revolutionäre vertreten einen spezifisch russischen Sozialismus, der von dem Sozialismus West- und Mitteleuropas grundverschieden ist. Die Sozialdemokraten — Bolschewiki und Menschewiki — sind die Parteien der industriellen Arbeiterklasse; die Sozialisten-Revolutionäre erklären sich als Vertreter des „ganzen arbeitenden Volkes“, sie sind in der Tat vor allem Vertreter der Bauernschaft, die ja in Rußland die überwiegende Mehrheit des arbeitenden Volkes bildet. Die Sozialdemokraten erwarteten, daß die Entwicklung der kapitalistischen Industrie, die Konzentration und Zentralisation des industriellen Kapitals, die Vorbedingungen des Sozialismus schaffen, die Ueberführung der Arbeitsmittel in den Besitz des arbeitenden Volkes ermöglichen werde; die Sozialisten-Revolutionäre dagegen wollten die sozialistische Gesellschaft auf die Döschschina, auf das Grundeigentum der russischen Bauerngemeinden am Grund und Boden aufbauen. Die Sozialdemokraten empfahlen den Proletariatsparteien den organisierten Massenkampf; den individuellen Terror lehnten sie stets ab. Die Sozialisten-Revolutionäre dagegen haben gerade den individuellen Terror als eines der wichtigsten Kampfmittel betrachtet; sie haben die vielen politischen Attentate organisiert, die bis 1905 die revolutionäre Bewegung begleitet haben. Die blutige Tat von Moskau, durch die die Sozialisten-Revolutionäre das Zeichen zur Erhebung gegen die Herrschaft der Bolschewiki geben wollten, ist eine Episode in dem alten Kampfe zwischen den Sozialdemokraten und den Sozialisten-Revolutionären.

Nach den großen Märztagen des vorigen Jahres, nach dem Sturz des Jarentums sind der revolutionären Partei breite Volksmassen zugeströmt, die vor-

Parteienossen!
Werbet für die Unabhängige
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands!

dem von ihrer Agitation nie berührt worden waren, an ihren Kämpfen nie teilgenommen hatten. Millionen Kleinbürger, die eben noch vor den Tschinowniks des Jaren gezittert hatten, Millionen Bauern, in deren dörfliche Enge nie ein politisches Wort eingebracht war, schmückten sich jetzt mit den Farben der Partei, die ihnen als die Besiegerin des Zarismus erschien, nannten sich jetzt Sozialisten-Revolutionäre. In den ersten Monaten nach der Revolution waren die Sozialisten-Revolutionäre unzweifelhaft die größte und volkstümlichste Partei Rußlands; die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung gaben ihr die Mehrheit. Aber der Zustand dieser neuen Massen hat das Wesen der Partei verändert und ihre Gefüge gelockert. Bald schieden sich innerhalb der Partei drei Richtungen, die in den heftigsten Kampf gegeneinander gerieten.

Die Rechte der Sozialisten-Revolutionäre scharte sich um Kerenski; sie war vom Mai bis zum Oktober 1917 die stärkste Stütze seiner Herrschaft. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung war Sawinkow, der jetzt angeblich den Anschlag auf den deutschen Gesandten angezettelt haben soll. Sawinkow war von 1905 einer der führenden Männer der „Kampforganisation“ der Sozialisten-Revolutionäre, die die berühmten Attentate jener Zeit organisiert hat. Nach der Niederlage der Revolution von 1905 lebte er in Paris; er wendete sich enttäuscht und entmutigt von der revolutionären Arbeit ab und schrieb zwei Romane, die bedeutende literarische Bedeutung zeigten. Einer von ihnen, der unter dem Titel „Als wäre es nie gewesen“ die Revolution von 1905 schilderte, ist auch deutschen Lesern wohlbekannt. Als der Krieg ausbrach, begeisterte sich Sawinkow für die Sache der Entente, deren Sieg über den deutschen Imperialismus er ebenso wie Medaenow, Guesde, Hyndman für eine Voraussetzung des Sieges der Demokratie in Europa hielt; Sawinkow gehörte damals zum engsten Freundeskreis Herbes. Nach der Märzrevolution 1917 kehrte er nach Rußland zurück. Er trat in Kerenski's Dienste und wurde schließlich im Juli von Kerenski mit der Leitung des Kriegsministeriums betraut. Als solcher erblickte er seine Hauptaufgabe darin, die Disziplin in russischen Heere wieder herzustellen, die Armee wieder kampffähig zu machen, um im Bunde mit der Entente den Krieg bis zum Siege fortzusetzen. Er hat im engsten Einvernehmen mit den Generalen, vor allem mit Kornilow, die Soldatenkomitees bekämpft und die Todesstrafe im Kriegsgebiet wieder eingeführt; er war dann der Gegenstand der leidenschaftlichsten Angriffe der Bolschewiki. Nach dem Siege der Bolschewiki Anfang November war er monatelang verschollen. Aber schon vor einigen Wochen hörte man, er habe gemeinsam mit den Kadetten eine Verschwörung gegen die Sowjets organisiert; jetzt wird er als einer der Anführer des Moskauer

Nordes bezeichnet. Hinter ihm sieht unzweifelhaft nur ein kleiner Teil der Partei der Sozialisten-Revolutionäre; nur jener äußerste rechte Flügel der Partei, der seit dem März stets bereit war, alle Bedürfnisse der Revolution, vor allem ihr Friedensbündnis, dem Kampfe gegen Deutschland, dem Bündnis mit der Entente unterzuordnen.

Die Masse der Anhänger der Sozialisten-Revolutionäre bildet das sogenannte Zentrum, dessen bedeutendster Vertreter Tschernow ist. Dieses Zentrum ist die eigentliche Dauernpartei in Rußland. Es ist seit dem Anfang der Revolution mit den Menschewiki verbündet, hat mit ihnen gemeinsam bis zum Oktober die Arbeiter- und Soldatenräte beherrscht, mit ihnen gemeinsam sowohl den Kampf nach rechts, gegen die Kadetten und die Kerenski's Leute, als auch nach links, gegen die Bolschewiki, geführt. Tschernow hat als Ackerbauminister in der Regierung Kerenski's die große Agrarreform begonnen, die später von den Bolschewiki vollendet wurde. Er hat sich seit dem Putschversuch Kornilows im September von Kerenski getrennt. Es war der Führer der konstituierenden Nationalversammlung. Seitdem der Bolschewiki die Konstituante auseinandergerast haben, steht er im heftigsten Kampfe gegen sie. An dem Nord in Moskau und dem Straßenkampf, der ihm gefolgt ist, scheint aber gerade dieser Flügel der Partei keinen Anteil zu haben; eine Tatsache, die sehr wichtig ist, weil gerade diese Richtung der Sozialisten-Revolutionäre die stärkste ist und insbesondere auf die bäuerlichen Volksmassen den stärksten Einfluß übt.

Der linke Flügel der Sozialisten-Revolutionäre bekennt sich offen zu dem Moskauer Attentat. Er hat es vorbereitet, seine Sendboten haben es durchgeführt. An der Spitze dieser Richtung stehen Kamelow und Frau Spiridonowa. Um sie haben sich seit dem Frühjahr 1917 die jetzigen Anhänger der Sozialisten-Revolutionäre geschart, die an den alten Parteigrundsätzen festhielten und sowohl den rechten Flügel, die Kerenski und Sawinkow, als auch das von Tschernow geführte Zentrum besudelten, sie hätten nach der Revolution unter dem Einfluß der zur Partei neu zufließenden Massen die alten sozialistischen und revolutionären Grundsätze preisgegeben, die Partei verbürgerlicht. Kamelow und die Spiridonowa haben die Regierung Kerenski und den Eintritt Tschernows in diese Regierung bekämpft, sie haben sich die Lösung der Bolschewiki „Alle Macht den Sowjets“ angeeignet, sie haben die Koalitionsregierung geführt. Gemeinsam mit den Bolschewiki haben sie die neue Regierung, den „Rat der Volkskommissare“, gebildet, gemeinsam mit den Bolschewiki das Friedensangebot an die Mittelmächte gemacht, gemeinsam mit ihnen die Konstituante auseinandergerast. Von dem Zentrum und der Rechten der Sozialisten-Revolutionäre haben sie sich seit dem Oktober vollständig getrennt; sie haben seither eine eigene Parteiorganisation, die den heftigsten Kampf gegen ihre früheren Parteigenossen führt. Aber ihr Bündnis mit den Bolschewiki wurde durch den Frieden von Brest-Litowsk zerrissen. Sie haben für die Ablehnung dieses Friedens gestimmt, sind wegen der Annahme dieses Friedens aus der Regierung der Sowjets ausgetreten. Seither stehen auch sie in heftiger Opposition gegen die Bolschewiki.

Eine Denkschrift der österreichischen Sozialdemokratie über den Frieden.

Im Februar dieses Jahres tagte in London eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Ententeländer. Ihre Auffassung der Ziele einer Friedensaktion der Internationale legten sie in einer ausführlichen Denkschrift dar, von der bisher nur Bruchstücke nach Deutschland gelangt sind.

Als im vorigen Monat die Abgeordneten Seitz und Eisenbogen von unseren österreichischen Genossen nach dem Haag entsandt wurden, um mit Troelstra die beabsichtigte Enderfassung einer internationalen Konferenz zu besprechen, benutzte der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich diese Gelegenheit, Troelstra seine Antwort auf jene Denkschrift zu übermitteln. Sie ist von großer Bedeutung. Wir dürfen sie umso mehr willkommen heißen, als sie sich in wichtigen Punkten mit der Auffassung der unabhängigen Sozialdemokratie berührt, die von dieser in Stockholm vor einem Jahre formuliert wurde. Sie böte eine vortreffliche Grundlage für eine Friedensaktion der Internationale.

Wir geben sie hier vollständig wieder, mit Ausnahme des drittletzten Absatzes, der der Deffenlichkeit Oesterreichs unbekannt geblieben ist:

„Ein Friede, der den allgemeinen Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie vollkommen entsprechen sollte, müßte folgende Grundsätze verwirklichen:

1. Vereinigung aller Völker zu einer Liga der Nationen, die die internationale Abrüstung durchführt, alle Streitigkeiten zwischen den Staaten der Entscheidung obligatorischer Schiedsgerichte unterwirft und jedem Staate, der das Völkerrecht verletzt, die gemeinsame Kraft des ganzen Völkerbundes gegenüberstellt.

2. Keinerlei Annexionen, Lösung aller territorialen Streitfragen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

3. Keinerlei Kontributionen, gleiche Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung für alle Völker, Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges.

Nur ein solcher Friede könnte als ein wirklich demokratischer Friede bezeichnet werden, nur er eine wirklich demokratische Ordnung in der Welt begründen.

Ein solcher demokratischer Friede kann nicht durch den Sieg einer oder der anderen der beiden imperialistischen Mächtegruppen erreicht werden. Der Sieg des einen oder des anderen Imperialismus würde das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht verwirklichen, sondern verewaltigen. Wenn zum Beispiel Italien einen vollständigen Sieg über Oesterreich-Ungarn erzielt, so würde der italienische Imperialismus nicht nur die italienischen, sondern auch große slavische Gebiete Oesterreichs zu gewinnen trachten. Wenn umgekehrt Oesterreich-Ungarn einen vollständigen Sieg über Italien erränge, so würden sich die österreichischen Imperialisten für berechtigt halten, nicht nur den Italienern im eigenen Gebiet das Selbstbestimmungsrecht zu versagen, sondern sie würden auch unter dem Vorwand, die strategischen Grenzen günstiger zu gestalten, italienische Gebiete annectieren wollen, ohne deren Bevölkerung zu befragen. Ebenso zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Frankreich siegte, so würde der französische Imperialismus nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern wahrscheinlich auch Teile des deutschen Reiches, die günstig, für sich nehmen. Wenn umgekehrt das Deutsche Reich vollständig siegte, so würde es nicht nur Elsaß-Lothringen behalten, sondern die deutschen Imperialisten würden auch die Erzgebirge Französisch-Lothringens gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu annectieren suchen. In beiden Fällen wäre das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt.

Würden die Mittelmächte vollständig siegen, so würden sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht Irlands, Ägyptens, Indiens proklamieren, aber die Regelung der Rechte ihrer eigenen Völker als innere Angelegenheit erklären. Siegte umgekehrt die Entente, so würde sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht der Polen, Letten, Polen proklamieren, aber die Ordnung der Rechte der Völker in Irland, Ägypten, Indien einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Der Sieg des Imperialismus der einen wie der anderen Mächtegruppe kann also keinesfalls eine demokratische Ordnung begründen.

Aber auch ein sogenannter Verständigungsfriede, von kapitalistischen Gesichtspunkten aus geschlossen, wird keineswegs die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollständig verwirklichen können. Denn ein solcher Verständigungsfriede wäre nichts anderes als ein Kompromiß zwischen dem Imperialismus der Mittelmächte und dem Imperialismus der Entente. Sein Inhalt wäre nicht durch die Grundsätze der Demokratie bestimmt, sondern durch die Machtverhältnisse zwischen den kapitalistischen Regierungen. Er würde bestenfalls kein neues Unrecht schaffen, aber alles Unrecht fortbestehen lassen.

Der Krieg ist demnach überhaupt kein Mittel, eine demokratische Ordnung in der Welt zu schaffen. Er kann in keinem Falle die Ideale der internationalen Sozialdemokratie verwirklichen. Die Proletarier aller Völker haben die Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der abzuschließende Friede diesen Idealen, so weit es möglich ist, entspricht und insbesondere die weitere Entwicklung in unserem Sinne ermöglicht. Die Pflicht liegt ihnen ob, obwohl sie überzeugt sind, daß die wirkliche demokratische Neugestaltung der Welt nicht als Ergebnis des Krieges durch einen Friedensschluß kapitalistischer Regierungen verwirklicht werden kann, sondern das Ergebnis des Klassenkampfes und der sozialen Revolution sein wird.

Die Völker, aus zahllosen Wunden blutend, können den Krieg nicht so lange fortsetzen, bis das Proletariat überall die Macht an sich zu reißen vermag. Die Völker brauchen den baldigen Frieden.

Sie können daher nicht auf einen Frieden bestehen, der die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollständig verwirklicht, sondern müssen die Regierungen zu möglichst baldigem Friedensschluß drängen, auch wenn der Inhalt des Friedens der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen möglich ist, hinter den Forderungen der internationalen Sozialdemokratie weit zurückbleiben müßte.

Solange das Proletariat in den einzelnen Ländern die politische Macht noch nicht erobert hat, kann der Krieg nur entweder durch einen Siegfrieden beendet werden, den die siegende Partei der unterlegenen vertritt, oder durch einen Verständigungsfrieden, der ein Kompromiß zwischen den Forderungen beider Parteien darstellt. Unseres Erachtens muß die internationale Sozialdemokratie mit aller Kraft für den Frieden des Kompromisses, für den Verständigungsfrieden eintreten, obwohl auch dieser Verständigungsfriede den demokratischen Idealen nicht wird genügen können. Aus folgenden Gründen müssen wir den baldigsten Verständigungsfrieden der Fortführung des Krieges vorziehen.

1. Ein Verständigungsfriede ist heute schon möglich. Soll dagegen der Friede erst durch den Sieg einer der beiden Kriegsparteien erreicht werden, so müßte der Krieg noch jahrelang fortgesetzt werden, die furchtbaren Opfer, die dem Proletariat aller Länder auferlegt sind, würden ungeheuer vergrößert.

2. Ein Siegfriede würde Revanchegelüste bei der besiegten Partei zurücklassen und dadurch zur Ursache neuer Kriege werden. Ein Verständigungsfriede wird die Annäherung der Völker erleichtern und darum die Möglichkeit der Dauer in sich tragen.

3. Ein Siegfriede würde die Autorität des Militarismus und des Imperialismus in der siegenden Ländergruppe befestigen und dadurch die Demokratisierung dieser Länder erschweren. Ein Verständigungsfriede dagegen, der keiner der beiden Parteien einen wesentlichen Machtzuwachs brächte, würde alle Völker überzeugen, daß der Krieg, den die kapitalistischen Regierungen heraufbeschworen haben, den Völkern nur unendliche Opfer, aber keinen Gewinn gebracht hat, er würde daher die demokratischen, pazifistischen und sozialistischen Tendenzen in allen Ländern gewaltig stärken. Diese Wirkung wird be-

sonders dann sehr stark sein, wenn sich die Regierungen unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie zum Verständigungsfrieden entschließen müßten. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, durch ihre Aktion die Regierungen zum Verhandlungstisch zu bringen, so wird sie den Völkern als die Bringerin des Friedens, als die Befreierin von Kriegsnot und Kriegssopfern erscheinen. Millionen werden dadurch für den Sozialismus gewonnen werden. Ein Verständigungsfriede unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie geschlossen, wird daher in allen Ländern den Sieg des Proletariats über Bourgeoisie, des Sozialismus über den Kapitalismus näher rücken.

Aus diesen Gründen glauben wir, daß die Sozialdemokratie an den Frieden keine Forderungen stellen darf, die nur im Falle des vollständigen Sieges der einen oder der anderen Kriegspartei durchgesetzt werden könnten, deren Verwirklichung daher mit der Verlängerung des Krieges erkaufte werden müßte und nur im Rahmen eines Siegfriedens möglich wäre.

Wenn nun eingewendet wird, daß gerade die jetzige Kriegslage nicht geeignet sei, solche Verhandlungen einzuleiten, weil der psychologische Moment dafür erst dann gegeben sei, wenn der Krieg stillesteht und beide Parteien erkennen, daß sie einander nicht entscheidend zu besiegen imstande sind, so können wir das verstehen. Aber wir müssen darauf verweisen, daß im ganzen Verlauf des Krieges die Ungunst oder Gunst der Kriegslage von den Regierungen beider Seiten als Vorwand zur Ablehnung von Friedensverhandlungen benützt wurde, und daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich demgegenüber jederzeit und ohne Rücksicht auf die Kriegslage die Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt hat.

Was unsere Stellung zu verschiedenen in der Internationale erhobenen Forderungen betrifft, wollen wir kurz bemerken:

Wir sind einverstanden mit der Forderung der internationalen Konferenz vom Februar 1918 bezüglich der Liga der Nationen, bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern und bezüglich der sozialpolitischen Forderungen an den Friedensvertrag. In letzterer Beziehung schließen wir uns insbesondere den Forderungen der internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Bern und Leeds an.

Wir fordern die Umgestaltung Oesterreich-Ungarns in eine Föderation autonomer Nationen sowie die Schaffung eines Bundes der freien Balkanvölker. Wir lehnen alle Annexion der von Rußland losgerissenen Randvölker durch die Mittelmächte ab. Wir haben den Frieden von Dreß-Bitowst und den von Bukarest parlamentarisch und in der Presse bekämpft und wir werden bei der parlamentarischen Beschlußfassung über diese Friedensverträge jede Bestimmung ablehnen, die eine Annexion oder Vergewaltigung bedeutet.

Wir fordern immer wieder die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens. Was die Frage anlangt, wer die Kosten dieser Entschädigung zu tragen hat, so halten wir diese Frage nicht für entscheidend. Angesichts der ungeheuren Opfer des Krieges — Opfer nicht nur an Geld und Gut, sondern vor allem an Menschenleben — lehnen wir jede Verlängerung des Krieges um irgendetwelcher finanzieller Streitfragen willen ab und glauben, daß über den Anteil der einzelnen Staaten an den Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten kleinen Länder ein Kompromiß geschlossen werden muß.

Was die Fragen Elsaß-Lothringens, Italiens, Belens, der Türkei und der tropischen Kolonien anlangt, so sind wir der Ansicht, daß ein vollkommener demokratischer Friede, ein Friede, der den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie entspricht, auch diese Fragen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entscheiden müßte. Aber wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß diese Forderung unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht durchgesetzt werden kann. Da wir aus den oben angeführten Gründen den Krieg nicht fortsetzen wollen, bis die vollständige Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker möglich wird, da wir vielmehr jetzt schon einen Verständigungsfrieden anstreben, halten wir dafür, daß die internationale Sozialdemokratie einen Verständigungsfrieden auch dann anstreben und annehmen muß, wenn er diese Forderung nicht vollständig verwirklicht. Eine Auffassung, die dahin geht, daß wir den Krieg solange fortsetzen sollen, bis die volle Erfüllung dieser Forderungen durchgesetzt werden kann, lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab; wir wollen nicht, daß unsere Forderungen zu Hindernissen eines baldigen Friedens, zu Gründen der Verlängerung des Krieges werden. Wohl aber sind wir der Meinung, daß die internationale Sozialdemokratie ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen muß, daß der Friedensvertrag auch in diesen nationalen Fragen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker soweit als möglich entgegenkommt, soweit, als dies ohne Verlängerung des Krieges durchgesetzt werden kann.

Wir wünschen daher eine möglichst schnelle Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz in ein neutrales Land.

Die Grundlage der Diskussionen dieser Konferenz sollen sowohl die Dispositionen der einzelnen Parteien in Stockholm als auch das Memorandum der Londoner Konferenz dienen.

Ein Verfassungsentwurf der Sowjetrepublik.

Der kürzlich in Moskau zusammengetretene 5. allrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauernabgeordneten, hat sich mit der Beratung des Entwurfs für eine Verfassung der bolschewistisch-kommu-

nistischen Republik zu beschäftigen. Dieser Entwurf, der vom Rat der Volkskommissare zum Teil in Vorberatungen mit einer besonderen Verfassungskommission ausgebaut wurde, ist nach dem offiziellen Organ der Moskauer Regierung, den „Nachrichten des allrussischen Zentralkomitees der Sowjets“, veröffentlicht worden. Die „Bolschische Zeitung“ gibt daraus die wichtigsten Teile wieder. Unter anderem heißt es in dem umfangreichen Programm:

„Die arbeitende Klasse Rußlands hat getreu den Vermahnungen der Internationale, im Oktober 1917 ihre Bourgeoisie gestürzt und gemeinsam mit der ärmsten Bauernschaft die Gewalt in ihre Hände genommen. Indem sie die Diktatur des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft aufgerichtet hat, hat die arbeitende Klasse sich entschlossen, das Kapital den Händen der Bourgeoisie zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des sozialistischen Staates zu vereinigen und so schnell wie möglich die Masse der produktiven Kräfte zu erhöhen. Die ersten Schritte in dieser Richtung waren:

1. die Abschaffung des Eigentums an Grund und Boden, Erklärung des gesamten Bodens als National-eigentum und seine Uebergabe an die arbeitende Klasse ohne Ablösung auf dem Prinzip der gleichen Bodenbenutzung.

2. Erklärung aller Wälder, Schätze der Erde und Wasser von allgemein staatlicher Bedeutung und ebenso alles lebenden und toten Inventars der Musterwirtschaften und landwirtschaftlichen Unternehmungen als Nationaleigentums.

3. Einführung eines Gesetzes über Kontrolle der Arbeiter und Nationalisierung einer Reihe von Industriezweigen.

4. Nationalisierung der Banken, die bisher eines der wichtigsten Werkzeuge der kapitalistischen Ausbeutung der Gesellschaft waren.

5. Annullierung der von der zaristischen Regierung auf Rechnung des russischen Volkes abgeschlossenen Anleihen, um dadurch dem internationalen Kapital, einem der Hauptschuldigen des Weltkrieges, einen Schlag zu versetzen.

6. Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, Entwaffnung der bestehenden Klassen.

7. Außerdem wird die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht zur Beseitigung der parasitischen Schichten der Gesellschaft beabsichtigt.

Sobald die Produktion in den Händen der in einem riesigen Verband zusammengeschlossenen arbeitenden Massen vereinigt sein wird, in einem Verband, in dem die Entwicklung jeder einzelnen Persönlichkeit als Bedingung der freien Entwicklung aller Menschen erscheint, und in dem an Stelle der alten bourgeoisen Gesellschaft mit ihren Klassen und ihrem Klassenhaß sich endgültig die sozialistische Gesellschaft stellt, die auf allgemeiner Arbeit, planmäßiger Ausnutzung und Verteilung aller produktiven Kräfte und auf der Solidarität aller ihrer Mitglieder beruht, dann wird mit dem Verschwinden der Klassenunterschiede auch die Notwendigkeit der Diktatur der arbeitenden Klassen und der Staatsgewalt als Apparates der Klassenherrschaft verschwinden. Dies sind die unmittelbaren inneren Aufgaben der Sowjetrepublik.

In Beziehung zu den anderen Völkern steht die jetzige Republik auf dem Boden der Prinzipien der ersten Internationale, die die Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit als Grundlage ihrer Beziehungen zur ganzen Menschheit anerkannt hat, unabhängig von Rasse, Religion und Nationalität. Die sozialistische Sowjetrepublik erkennt an, daß dort, wo ein Mitglied der Menschheitsfamilie unterdrückt ist, die gesamte Menschheit unterdrückt ist, und deshalb verurteilt und verteidigt sie in vollem Maße das Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung, das heißt auf freie Entscheidung ihres Schicksals. Dieses Recht gesteht sie allen Nationen ohne Ausnahme, auch den Hunderten von Millionen Arbeitenden in Asien, Afrika und allen Kolonien und in den kleinen Ländern zu, die bis zu dieser Zeit mitteillos von den herrschenden Klassen, den sogenannten zivilisierten Nationen, unterdrückt und ausgeraubt wurden. Um die von ihr verkündeten Prinzipien in Taten umzusetzen, hat die Sowjetrepublik nach der schon in den ersten Tagen der russischen Märzrevolution erfolgten Anerkennung des Rechtes Polens auf freie Bestimmung seines Schicksals, nach der Oktoberrevolution die volle Unabhängigkeit Finnlands, das Recht auf volle Selbstbestimmung der Ukraine, Armeniens und aller Völker, die das Gebiet des früheren russischen Kaiserreiches besiedeln, verkündet. Zu ihrem Streben zur Schaffung eines wirklich freien und freiwilligen und darum um so geschlosseneren Verbandes der arbeitenden Klassen aller Völker Rußlands hat sich die Sowjetrepublik als Föderativrepublik erklärt, die es den Arbeitern und Bauern einer jeden Nation freistellt, selbständig auf den bevollmächtigten Tagungen ihrer Sowjets — sofern und auf welcher Grundlage sie es wünschen — als gleichberechtigte Mitglieder in die brüderliche Familie der Republik der Sowjets einzutreten. Indem die Sowjetrepublik nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat dem Kriege den Krieg erklärt, hat sie im Namen der arbeitenden Massen Rußlands feierlich ihren völligen Verzicht auf alle Eroberungs- und Annexionsbestrebungen sowie auf jeden Gedanken der Unterdrückung der kleinen Völker erklärt. Zugleich hat die Sowjetrepublik in Bekräftigung der Aufrichtigkeit ihrer Absichten offen mit der Politik der geheimen Diplomatie und der geheimen Verträge gebrochen und hat allen kriegführenden Völkern den Vorschlag gemacht, den allgemeinen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Völker zu schließen. Auf diesem Standpunkt steht die Sowjetrepublik auch jetzt noch unerschütterlich.

Durch die gewaltige Politik des Imperialismus der ganzen Welt gezwungen, ihre Kräfte für den Widerstand gegen die stets wachsenden Ansprüche des Raubgeschäftes vom internationalen Kapital zu rüsten, erwartet die Sowjetrepublik die Entscheidung über die Frage des friedlichen Zusammenlebens aller Völker.

Das Wahlrecht in der Sowjetrepublik wird durch folgende Bestimmungen geregelt:

I. Das Recht, zu wählen und in die Sowjets gewählt zu werden, genießen folgende Bürger der russischen sozialistischen Sowjetrepublik beiderlei Geschlechts, welche bis zum Tage der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben:

1. Alle, welche die Mittel zum Leben durch eine produktive oder der Gesellschaft nützliche Arbeit erworben haben und Mitglieder von Berufsverbänden sind und zwar: a) Arbeiter und Angestellte aller Kategorien, die in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft beschäftigt sind; b) Bauern und Kojalen-Landarbeiter, die keine Mietarbeit benötigen; c) Angestellte und Arbeiter bei den Beamten der Sowjetregierung.

2. Soldaten der Armee und Marine der Sowjets.

3. Bürger, die in den Kategorien 1 und 2 aufgeführt sind und in irgendeinem Maße die Arbeitsfähigkeit verloren haben.

II. Weder aktives noch passives Wahlrecht haben, wenn sie auch zu einer der oben aufgeführten Kategorien gehören:

1. Personen, welche gemietete Arbeit verwenden, um daraus einen Zuwachsgewinn zu ziehen.

2. Personen, welche ein Einkommen ohne Arbeit haben wie: Prozente vom Kapital, Einkünfte vom Eigentum usw.

3. Private Kaufleute, Handels- und kommerzielle Vermittler.

4. Angestellte der religiösen Kultusgemeinden.

5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei des Gendarmekorps und der Ochrana. Desgleichen die Mitglieder der früher in Rußland regierenden Dynastie.

6. Personen, die in legaler Form als irrsinnig oder geistig minderwertig erklärt sind und ebenso Taubstumme.

7. Personen, die wegen eigennütziger oder entehrender Vergehen verurteilt wurden.

* * *

Ueber die Gehalts- und Lohnpolitik der Sowjetregierung werden folgende Mitteilungen gemacht:

Nach der November-Revolution setzte die bolschewistische Regierung in Petersburg zunächst die Bezüge aller ihrer Beamten und Arbeiter einheitlich auf 500 Rubel im Monat fest. Das scheint sich nicht bewährt zu haben, denn ein Dekret Lenins vom 27. Juni verfügt für die in Moskau und Petersburg wohnenden Beamten und Regierungsarbeiter nunmehr eine Staffelung in den Bezügen. Die Angehörigen der ersten Gruppe (Volkskommissare, Mitglieder des Zentral-Exekutivkommissariats, Leiter und Geschäftsführer von Regierungsunternehmungen, Leiter selbständiger Abteilungen) beziehen monatlich 750 bis 800 Rubel; dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß der Rat der Volkskommissare für die Volkskommissare, also für seine eigenen Mitglieder, Bezüge von mehr als 800 Rubel beschließen kann. Der zweiten Gruppe (600 bis 650 Rubel) gehören „Beamte mit Spezialkenntnissen und besonderer Erfahrung, die beim Arbeitsprozeß angewandt wird, die aber ihre Arbeit unter Leitung einer verantwortlichen Person ausführen“, an; der dritten Gruppe (400 bis 500 Rubel) die berufsmäßig geschulten Arbeiter und Beamten ohne Spezialkenntnisse, zu denen seltenerweise auch die Volksschullehrer, Kindergärtnerinnen usw. gezählt werden. Eine vierte Gruppe besteht aus dem untersten Büropersonal, Lehrlingen, Wärdern, Auslaufern und dergl.; ihr Gehalt wird auf 350 Rubel festgesetzt, sofern nicht ein Berufsverband andere Bezüge festsetzt. Alle Teuerung- und ähnlichen Zulagen, sowie alle Zuschüttungen aus Gewinnen werden abgeschafft; nur einmalige Zulagen anlässlich der Uebersiedelung eines Betriebes können gewährt werden. Eine Gehaltserhöhung ist zulässig, wenn der Empfänger arbeitsunfähige Familienmitglieder unterhält. Abgeschafft sind ferner Doppelbezüge und Entschädigungen für Teilnahme an Kommissionsberatungen und dergleichen. Wohnung und Kost soll nach den örtlichen Bedingungen angerechnet werden. Reisenergütungen für Dienstreisen sollen dem Gehalt des Empfängers entsprechen, jedoch nicht weniger als 20 und nicht mehr als 40 Rubel täglich betragen. Ueberstunden von Beamten und Arbeitern, die nicht mehr als 550 Rubel im Monat beziehen, sollen an Werktagen nach dem üblichen Tarif, nachts und an Feiertagen in doppeltem Maß ausbezahlt werden.

Aus der Bewegung.

Genosse Lipinski aus der Haft entlassen. Genosse Richard Lipinski, Vorsitzender des Bezirks Leipzig und des provisorischen Landesvorstandes für die Unabhängige Sozialdemokratie Sachsens, war am 19. März in Untersuchungshaft genommen worden. Er ist beschuldigt, während des Januarstreiks eine Tätigkeit entfaltet zu haben, die mit dem Gesetzen in Widerspruch stehe. Das Verfahren gegen ihn geht weiter. Auch wegen seiner Tätigkeit beim Streit des April 1917 ist eine Anklage gegen den Genossen Lipinski erhoben worden, die anscheinend in nächster Zeit vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen soll. In diese Anklage sind auch noch einige andere Leipziger Genossen verwickelt, so u. a. Genosse Liebmann, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“.

Die parlamentarische Berichterstattung des „Vorwärts“ wird unter den Arbeitern in den Betrieben lebhaft besprochen. Um zu zeigen, wie skandalös diese Berichterstattung ist, haben wir in letzter Zeit einige Parlamentsberichte im Mittelungsblatt veröffentlicht, was bei unserem einmaligen wöchentlichen Erscheinen uns nur ausnahmsweise möglich ist. Daran haben die Arbeiter sehen können, wie sie vom „Vorwärts“ berichtet werden. Wohl müssen die Tageszeitungen sich mit Papier einschränken, das braucht aber nicht zur direkten Entstellung oder gar zum gänzlichen Toischweigen der Reden zu führen. Maßgebend für eine Zeitung muß doch sein, ein ungefähres Bild von den Verhandlungen den Lesern zu geben. Das ist aber beim „Vorwärts“ nicht

der Fall. Aussehen erregt es überall unter den Arbeitern, daß der Genosse Adolf Hoffmann im Landtage zum Ministerium des Innern eine Rede gehalten hat, die der „Vorwärts“ nicht einmal erwähnte. Auf die Dauer wird diese Toischweigetaktik nicht verfangen. Die Arbeiter lagen sich selber, daß es um eine Sache sehr schlecht bestellt sein muß, die mit solchen Mitteln arbeitet. Aus einem Betriebe wird uns berichtet, daß acht Leser des „Vorwärts“ demselben schriftlich die Erklärung haben zugehen lassen, daß sie den „Vorwärts“ abbestellen wegen seiner skandalösen Berichterstattung. So werden noch vielen mit der Zeit die Augen aufgehen über die regierungssozialistische Presse.

Veranstaltungen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Sonntag, den 21. Juli, Ausflug mit Übung mit dem Allgemeinen Märkischen Touristenbund nach Erkner, Karuhsee, Hohenbinde, Freienbrunn zurück an der Pönnitz bis Erkner. Näheres in Erkner. Treffpunkt: morgens 8^{1/2} Uhr Bahnhof Erkner. Abfahrt Schleißer Bahnhof morgens 7.53 Uhr. Mitglieder und Kursusteilnehmer werden gebeten, sich rege zu beteiligen. — Montag, den 22. Juli, Übungsstunde abends 8^{1/2} Uhr Königsgraben Nr. 2. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Beizirk Reinickendorf-Ost. Am Sonntag, den 21. Juli 1918: Kinderwanderung nach Tegel unter verantwortlicher Leitung mehrerer Genossen. Die Kinder treffen sich 1/10 Uhr Bahnhof Schönholz. Es wird gebeten, nur Kinder über 7 Jahre zum Treffpunkt zu schicken. Fahrgehalt 20 Pf. Heimkehr gegen 6 Uhr.

Am Sonntag, den 28. Juli: Familienpartie nach Tegel (Forsthaus Tegelgrund). Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Schönholz. Nachzügler direkt Forsthaus Tegelgrund. Gute Beteiligung beider Veranstaltungen erwartet. Die Bezirksleitung.

Niederschönhausen-Pankow. Sonntag, den 21. Juli Familienpartie nach Waldmannslust, Restaurant „Zur freien Scholle“. Treffpunkt pünktlich mittags 1 Uhr Bahnhof Schönholz. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Quittung.

Für die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands gingen in der Zeit vom 1. Juni bis zum 8. Juli bei der Unterzeichnung ein:

Von E.-Königsberg 55,50 M., N. B.-Friedrichsdorf 400 M., A.-Hamburg 105,50 M., Pehold-Erfurt: Munition für den Frieden 600 M., Sch.-Bismarck 2 M., F. R. für Gemelungen 45,16 M., 3. Berl. Kreis durch G. M. 129,42 M., Köln 24 M., Wulsdorf 92,50 M., Berlin 2. Rate a conto 2452,70 M., Hanau 43,60 M., St.-Siefer 14,60 M., Südwestdeutschland 935,65 M., A.-Lübeck 6 M., G. M. 4,10 M., V.-Lohme 16,10 M., B.-Friedrichsdorf 400 M., Kr. M. 1,50 M., G. Berner 5 M., 2. Berl. Wahlkreis 273,65 M., Köln 22 M., 1. Kr. 1,50 M., R.-Greifenhagen 57,60 M., Stettin 62,89 M., Braunschweig 322,32 M., Gera a conto 53,60 M., 1. Kr. 1,20 M., J. M. 4,17 M., Beiträge für April und Mai für 5 Genossen 1050 M., Osterwald 26,48 M., S.-Landeshut 6,20 M., B. M. 1,80 M., S.-Schären 7,10 M., A.-Neu-Ruppin 9 M., S. B.-Mühlhausen i. T. 29,50 M., F. Kaplanei 10,40 M., Freund-Tönnig 135 M., Hüntringen 10 M., R. Schmidt 2 M., B. Böhm 46,50 M., J. M. 6,20 M., Für ein Marxbuch 7,80 M., 3. Kr. 4,50 M., M.-Wittenberge 2,06 M., G. F. C.-Hamburg 34 M., A.-Hamburg 72 M., B.-Friedrichsdorf 472,50 M., Schmidt-Halle 1110,38 M. — In der letzten Quittung mußte es heißen: Duzzig 140 M. nicht 40 M.

*

Für Unterstützungszwecke gingen bei der Unterzeichnung ein:

Von Kaiser 22 M., Pferdewärter 10,50 M., Dirling 20 M., Stettin 58 M., Straßund 28 M., Ewincmünde 30 M., Treptow a. Toll. 6,10 M., Spremberg 44,30 M., A. R.-Bremerhaven 205,45 M., B. Wetterlein 100 M., P. B.-Lunzenau 10 M., B. S. 2 M., P. S. 5 M., A. S. 2 M., B. M. 1 M., J. R. 20 M., sämtlich durch J.-Lunzenau, Grete F.-Laden 20 M., B. Sch.-Landeshut 30 M., R. Mortau 1 M., G. Pallawitz 3,50 M., R.-Greifenhagen 268,10 M., darunter für Bäder 31 M., Stettin 148,10 M., Gera 60 M., Lohrmann 5 M., Von einem Hamburger Genossen durch Genossin Kautsky 40 M., durch Koppel 250 M., Schnellbacher 677,50 M., Vom Eisenfesten im Rheinland durch Ed. B. 500 M., A. F.-Effen, junge Garde 50 M., G. Knabe 50 M., Von S. durch G. 200 M., G. in Oslöbshausen 5 M., 9 S.-Karlstraße 11 M., Minna Gauer 20 M., A. S. 100 M., J. P. in G. und K. S. in G. durch Ed. B. 25 M., P. Stähler-Berlin 10 M., Arbeiter der Fiatwerke Wien 500 Kronen.

Luije Zieh,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Tr. (Postcheckkonto Nr. 32287.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. — N. 54, Linienstr. 83-85.

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Donnerstag, den 25. Juli 1918, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins

im Lokal von Klement, Sophienstr. 6.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten O. Vögner. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Die Branchenleitung.

Für die reichen Beweise der Teilnahme beim Tode meines teuren Mannes sage ich allen Freunden und Genossen herzlichsten Dank.
Marie Adena.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Anna Brezke geb. Walde

am 9. Juli, vorm. 8⁴⁰ Uhr, plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen

Gustav Brezke, als Witte

Serbert und Erich, als Kinder,

Chodowickstr. 89.

Wer dich gekannt, weiß, was wir verloren.

Bezirkswahlverein Lichtenberg.

Am 10. Juli verstarb plötzlich und unerwartet unsere Genossin, die Gastwirtin

Marie Wehrmeyer

(62. Gruppe, 4. Viertel (Mozartstr. 10)

im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

5. Wahlkreis.

3. Abteilung.

Unser Mitglied, Genosse

Slowiak

ist im Krankenhaus gestorben.

6. Wahlkreis.

Am Sonntag, den 14. Juli, verstarb der Chauffeur Genosse

Max Jung

10. Abt. 787, Bezirk, Oudenardstr. 9.

Wahlverein Henkölln.

19. Bezirk.

Am 4. d. Mt. starb plötzlich an Lungenentzündung unser braves Mitglied

Gustav Jahn

Prinz-Handjerystr. 12.

Ehre ihrem Andenken!

Wahlverein Henkölln.

An den Folgen des Krieges starb im hiesigen Lazarett unser Genosse, der Böttcher

Otto Naß

Mareschstr., 11. Bezirk.

Am 4. d. M. starb unser Genosse

Gustav Jahn

Prinz-Handjerystr. 12,

an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 24. Mai fiel im Alter von 35 Jahren unser Genosse

Paul Heppner

Landberger Allee 44. Bez. 399.

6. Wahlkreis.

Am 14. September 1916 fiel durch Kopfschuß unser Genosse, der Handlungsgehilfe

Walter Becker

Malplaquetstr. 14/16, 20. Abt., Bez. 784a.

22 Jahre alt.

Am 8. Juni fiel unser Genosse, der 82jährige Rutscher

Paul Becker

Guineastr. 6, 22. Abt., Bez. 774.

Am 18. Juni fiel unser Genosse, der 21jährige Radierer

Erwin Denker

Zelterstr. 27, 5. Abt., Bez. 658a.

Ehre ihrem Andenken!

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Seine Generalversammlung hielt der Verband am Sonntag, den 14. Juli, in den Germania-Sälen in der Chausseestraße unter starker Beteiligung der Vertreter der einzelnen Wahlkreise ab. Aus dem vorliegenden Jahresberichte ist zu entnehmen:

Das letzte Geschäftsjahr fällt zusammen mit der Konstituierung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha, Ostern 1917. Die dem Verband angeschlossenen Kreisvereine stellten sich durchweg auf dem Boden der in Gotha angenommenen Grundlinien. Die Arbeit im verflochtenen Jahre war eine äußerst schwierige. Eine öffentliche Betätigung war uns verweigert, da nach einer Bestimmung des Oberkommandos öffentliche Versammlungen nicht zugelassen werden sollen. Im Laufe der Zeit ist nur insofern eine Einschränkung erfolgt, wenn es sich um Versammlungen unmittelbar vor Wahlen und nur zu diesem Zwecke handelt. Die Zusammenkünfte in Zahlabenden und kleineren Zirkeln bieten keinen Ersatz für eine größere Versammlungstätigkeit, da sie sich ausschließlich auf Mitglieder beschränken. Durch die fortgesetzten Einziehungen werden uns viele tüchtige Kräfte und vor allem unsere Funktionäre entzogen, viele tüchtige Genossen haben wir durch den Tod verloren. Bei den Kommunalwahlen haben die Abhängigen ein Mandat im 4. Bezirk behalten, die übrigen haben wir behauptet. Sehr fühlbar macht sich das Fehlen einer täglich erscheinenden Zeitung. Der „Vorwärts“ leistet in bezug auf Irreführung der Leser und Verschleierung und Entstellung unserer Bewegung das menschenmögliche, es nützt ihm aber nichts. Augenblickserfolge sind nur Scheinerfolge. Das zeigte sich vor allem bei der Reichstagswahl in Niederbarnim. Dort hat man versucht, die Massen zu täuschen durch den Hinweis auf den Ukrainefrieden, gegen den die Unabhängigen gestimmt hätten. Wie richtig die Haltung unserer Genossen damals war, das zeigt sich heute, wo alle Welt der Ansicht ist, daß dieser Ukrainefrieden und die an den ganzen Ostfrieden sich anschließende Politik das größte Hindernis für einen allgemeinen Frieden ist. Die Jugendbewegung geht, wenn auch langsam, wieder vorwärts, nachdem eine Einigung zwischen den verschiedenen Richtungen zustande gekommen ist. Mit Schwierigkeiten hat die Frauenbewegung zu kämpfen. Die Frauen sind durch Arbeit, durch Lebensmittelnot abends abgemüdet und müde, so daß sie gar keine Zeit und Ruhe finden, sich dem politischen Leben so widmen zu können, wie sie das gern möchten und wie das ihrer Klassenlage entspricht. Das Bildungswesen hat sich auf die Arbeiterbildungsschule beschränkt. Diese konnte ihre Lehrtätigkeit auch im vierten Kriegswinter trotz aller Schwierigkeiten aufrecht erhalten. An den 24 Sonntagsvorträgen künstlerischer und wissenschaftlicher Art nahmen rund 2500 Personen teil. Am 8. Mai 1918 wurde zum 100. Geburtstag von Karl Marx in drei Lokalen eine Feier wissenschaftlichen und künstlerischen Charakters veranstaltet, an der rund 5000 Personen teilnahmen.

Ende September 1917 zogen unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung aus der Entwicklung der Dinge die Konsequenzen und konstituierten sich als selbständige Fraktion.

Nach dem Januarstreik machte sich die Notwendigkeit geltend, für die Inhaftierten Rechtsschutz zu bewilligen und die Familien Verurteilter vor der größten Not und vor der Armenpflege zu bewahren. Hilfe würde sofort gewährt ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne gewerkschaftlich oder politisch organisiert war. Maßgebend war nur, ob Not vorlag und daß dieselbe gelindert wurde. Nach einiger Zeit gaben die Regierungssozialisten Listen heraus für den Unterstützungsfonds der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, eine Maßnahme, die geeignet war, eine Zersplitterung der Sammlung herbeizuführen. Die Arbeiter in verschiedenen Betrieben wünschten eine Beeinträchtigung des Sammelergebnisses vermieden zu sehen, und schließlich wurde auf Vorschlag unsererseits von den Arbeitern der Betriebe eine Kommission eingesetzt, welche die Sammlungen und die Verteilung des Geldes selber in die Hand nehmen sollte. Danach ist auch verfahren worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Abhängigen keinerlei Unterstützungsfälle der Unterkommision überwiesen haben, weil sie solche Fälle überhaupt nicht hatten, obwohl sie ihre Sammlungen damit begründeten, an sie wären Unterstützungsfälle herangetreten. Der Unterkommision wurden vom Verband 53.400 Mk. a conto überwiesen, während die Abhängigen 7000 Mk. übermittelten. Dabei hatte der Verband aber bereits 22.785,78 Mk. an Unterstützung und Rechtsschutz ausgezahlt.

In der Generalversammlung ergänzte der Vorsitzende Adolf Hoffmann den Bericht und schilderte die Schwierigkeiten, unter denen wir zu arbeiten hatten. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Richard Herbst. Der Verband hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre eine Einnahme mit Bestand von 111.914,57 Mk., der eine Ausgabe von 95.838,85 Mk. gegenübersteht. Während am 1. April 1917 ein Bestand von 4922 Mk. vorhanden war, befanden sich am 1. April 1918 16.075,72 Mk. in der Verbandskasse. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre der Verband alle die großen Verpflichtungen voll beglichen hat, die unsere Vorgänger durch ihre unerantwortliche Wirtshaft uns freudlich hinterlassen hatten. Finanziell hat sich der Verband wieder getraut und steht auf solidem Boden. Mit diesem Kassenabluß brauchen wir unsere Anhänger nicht zu täuschen, wie die Abhängigen das tun, denn sie haben ihren Mitgliedern die zusammengestellten Ein- und Ausgaben der Wahlkreise vorgetragen, damit sich das nach etwas anhört. Wollten wir daselbst tun, so könnten wir berichten, daß die Wahlkreise im Jahre 1917/18 rund 235.000 Mark Einnahmen

und 205.000 Mark Ausgaben gehabt haben und über einen Kassenbestand von 30.000 Mark verfügen.

Unser Pressfonds beträgt 18.485,57 Mk. Wir dürfen auf die Opferfreudigkeit unserer Freunde zählen, wenn die Verhältnisse uns in den Stand setzen, ein tägliches Blatt herauszugeben zu können. Das Mitteilungsblatt hat sich günstig entwickelt, so schwer es heute ist, ein Blatt ohne wesentliche Einnahmen aus Inseraten zu halten.

Unsere Mitgliederbewegung hat natürlich auch in diesem Jahre unter den Einziehungen stark zu leiden gehabt. Täglich müssen Mitglieder den grauen Rock anziehen; in großen Massen Ende Januar, Anfang Februar während des Streiks. Da die Einberufungen plötzlich erfolgten, erfuhren wir erst spät, daß unsere Mitglieder fort sind. Ueber 5000 Mitglieder müssen wir aus diesem Grunde weniger zählen. Sonst sind unsere Mitglieder uns treu geblieben. Im Gegenteil; wir haben im letzten Jahre 2000 Neuaufnahmen gemacht. Nur die Zahl der weiblichen Mitglieder wird geringer. Die Frauen müssen arbeiten, sind abends abgeradert und müde und finden gar keine Zeit mehr, sich politisch zu betätigen. Wir haben im Vorjahre 28.000 Mitglieder schätungsweise angeben können. Wir können heute trotz Einziehungen von vielen Tausenden immer noch 25.000 am Orte anwesende zahlende Mitglieder buchen; der beste Beweis für die Festigkeit unserer Organisation und die Ueberzeugungstreue unserer Parteifreunde.

Namens der Revisoren beantragt Genosse Osburg Dechargeerteilung, da Bücher und Belege bei wiederholter unvermuteter Revision in bester Ordnung vorgefunden wurden.

In der Diskussion brachte Genosse Reimann, Niederschöneweide mehrere Wünsche über das Mitteilungsblatt vor. Parlamentarische Berichte hätten schon öfter und früher kommen können. Die Gemeindevorsteher mühten zueinander gemeinsamen Vorgehens zusammenkommen. Ueber die Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage, insbesondere über die Stellung der Fraktion zu derselben, hätten die Genossen eingehender informiert werden sollen. Auch die Niederbarnimer Wahl fordere nach einigen Richtungen hin zu Bemerkungen heraus. Wogegen man sich wenden müsse, ist die Art, wie manche Leute in der Partei sich bemühen, uns bei unserer Arbeit Knüppel zwischen die Beine zu werfen, wie das Mehring und andere getan hätten.

Heinrich, Berlin III, weist auf die Internationalität des sozialistischen Gedankens hin, während Biersen, Oberschöneweide, sich gegen Reimann wendet und sich über mangelnde Hilfe der Genossen bei der Wahl beklagt. Auch er findet die Art der Polemik gegen die Partei von einzelnen Personen von wenig Einsicht in die Verhältnisse getragen. Ledebour wendet sich gegen die verallgemeinernden Behauptungen Mehrings, die ohne Berechtigung erhoben worden seien. Er selber sei nicht der Meinung Steins und Kautskys über die Bolschewiki, hält diese Meinungsäußerungen nicht nur für falsch, sondern auch für unzeitgemäß; das berechtigte Mehring noch lange nicht zu seinen allgemeinen Auslassungen gegen die Partei. Als Ledebour zum Beweis für seine Auffassung auf seine letzte Reichstagsrede Bezug nimmt und eine Stelle aus dem stenographischen Berichte verlas, verfiel die Generalversammlung einem vorzeitigen Ende.

Der Vorsitzende holte noch die Zustimmung der Versammlung ein, wonach die bisherige Verbandsleitung solange weiter amtiert, bis eine ordnungsgemäße Wahl stattgefunden hat. Als Revisoren für Groß-Berlin fungieren: Andree, Osburg, Boormann, Justin Braun und Koosch.

Aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Brief des Genossen Mehring gegen die U. S. P. D. in der „Pravda“ wird von der ganzen abhängigen Parteipresse ausgeschlachtet. Die Erwidertung der Unabhängigen Parteileitung wird dagegen nur mit ein paar Worten abgetan, an die sich meist mehr oder weniger hämische Bemerkungen knüpfen. So sagt z. B. die „Dresdener Volkszeitung“: „Was die Unabhängige Parteileitung sie dagegen zu tun gedenke, daß einer ihrer Landtagsabgeordneten öffentlich ihren Bankrott verkündet und ihre gänzliche politische Wertlosigkeit nachweist, sagt sie nicht. Offenbar hält ein inneres Gefühl dafür, daß Mehring schließlich doch recht hat, sie davon zurück, eine klare Entscheidung zwischen ihm und der Parteileitung herbeizuführen.“

Im Bezirk Südwestdeutschland hat die Unabhängige Partei trotz aller Schwierigkeiten festen Fuß fassen können. Im ganzen Bezirk sind die Grundmannern für unsere Bewegung ausgerichtet. Der Jahresbericht des Bezirkes kam mit einer Mitgliederzahl von über 7000 aufwarten.

In Hamburg wurde vor kurzem unter äußerst starker Beteiligung der Parteigenossen der Genosse Max Halbe zu Grabe getragen. Der Verstorbene war zu Beginn der großen Offensive dieses Jahres im März schwer verwundet worden und an den Folgen einer binzugezogenen Lungenentzündung gestorben. Die Hamburger Parteibewegung hat an dem Dahingegangenen einen begeistertsten, tüchtigen und kernreichen Anhänger der Sache des Sozialismus verloren. Zu derselben Zeit, in der der Verstorbene seine schwere Verwundung erlitt, wurde seine Frau, Erna Halbe, wegen Herstellung eines Flugblattes vom außerordentlichen Kriegsgericht zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Genossin Halbe war zur Verurteilung ihres Mannes auf 24 Stunden aus dem Zuchthaus beurlaubt worden. Das Begräbnis gefällte sich zu

einer großen Sympathieundgebung für den verstorbenen Genossen, wie für die so schwer geprüfte Genossin Halbe. Genosse Henke und Genosse Gutmann vom Zentralverband der Handlungsgehilfen, sowie Genosse Kalkenbach vom Zentralverband der proletarischen Freiberger hielten Gedächtnisreden am Grabe.

Der Vorwärts druckt mit Behagen die Anzapfungen der Bremer „Arbeiterpolitik“ gegen die U. S. P. D. ab. Vor allem hat es ihm ein Artikel angetan, in dem der völlige Zusammenbruch unserer Partei bei den nächsten Wahlen prophezeit wird und aus dem die Arbeiterpolitik schlussfolgert, daß sich die U. S. P. D. nur durch eine völlige Verständigung und durch Zusammenschluß mit der Partei der Abhängigen vor der Katastrophe retten kann.

Der Ortsverein Remscheid beschloß in seiner letzten Versammlung, der Kreisconferenz eine Erhöhung der Beiträge auf 70 Pfg. für männliche und 40 Pfg. für weibliche Mitglieder vorzuschlagen.

Nach dem Raub der Düsseldorf Volkszeitung bestellten an 10.000 Düsseldorf Arbeiter dieses Blatt ab und bezogen dafür die Bergische Arbeiterstimme in Solingen. Längere Zeit war es möglich, den Düsseldorf Arbeitern das Solinger Blatt zu liefern, bis sich Schwierigkeiten in der Papierbeschaffung einstellten. Trotz aller Versuche, das nötige Papier zu erhalten, war es unserer Solinger Geschäftsleitung nicht möglich, soviel Papier von der in Betracht kommenden Reichsstelle zu erhalten als nötig war, auch die Düsseldorf Abonnenten zu versorgen. Die Abtreibung der Papierlieferung ist zum Teil auf Nachschaffungen der Düsseldorf Regierungssocialisten zurückzuführen. In einem Aufruf an ihre Düsseldorf Leser teilte die Solinger Geschäftsleitung diese Tatsache mit und forderte die Arbeiter auf, jetzt, da ihnen von neuem wieder ihr unabhängiges Blatt abgetrieben sei, lieber zu einem bürgerlichen Blatte als zu dem regierungssocialistischen Düsseldorf Organ zu greifen. Denn es sei besser, ein gequerrichtes Blatt zu lesen, das von vornherein mit offenem Bissler als Gegner aufträte, als ein Blatt, das mit der Maske eines Freundes an die Arbeiterkraft heranschleiche. Darob ein großer Entrüstungsturm in der ganzen regierungssocialistischen Presse, die natürlich den Raub der Volkszeitung sowohl wie die Nachschaffungen gegen die Bergische Arbeiterstimme verschweigt.

In Elbing sind im April d. J. von etwa 270 Mitgliedern des alten sozialdemokratischen Vereins 170 zur Unabhängigen Partei übergetreten. Da äußere Schwierigkeiten zunächst die Gründung eines politischen Vereins verhindern, besteht vorläufig noch eine lose Organisation, deren Vorsitzemann der Stadtverordnete Genosse Heinrich Perschke ist.

Im Kreise Bochum war der Ortsverein Berne mit großer Mehrheit zur Unabhängigen Partei übergetreten. Da der Verein ein Parlassenguihaben hatte, suchte der Kreisvorstand mit Hilfe des bürgerlichen Gerichts dieses in seine Gewalt zu bekommen. Jetzt ist der Kreisvorstand der Abhängigen in fünfter Instanz mit seiner Klage abgewiesen worden. Nach Uebertritt der Berner Genossen zur Unabhängigen Partei war von den Abhängigen ein neuer Ortsverein gegründet worden; in dessen letzter Sitzung wurde ein Antrag eingebracht, zu den Unabhängigen überzutreten. Der Antrag wurde zwar zunächst nicht angenommen, er ist aber charakteristisch für die Stimmung, die hier im Lande der Abhängigen herrscht.

Unsere Rürnberger Genossen haben für ihren Verbreitungsbezirk ein kleines Wochenblatt: „Der Sozialdemokrat“ herausgegeben. Obwohl sie vom Generalkommando die Genehmigung erhalten haben, erhielten sie von der Papierstelle kein Papier. Vorläufig lassen unsere Genossen ihr Blatt auf Einwickelpapier drucken. Die Nummer kostet 15 Pfennige.

Aus der Bewegung der Abhängigen.

Nach der großen Entrüstungsrede Scheidemanns im Reichstage vom 5. Juli macht die Nationalallgemeine Korrespondenz Mitteilungen über die politischen Schacheraffäre, die der Regierungssocialismus mit seinen Blodbrüdern eingegangen war. Sie teilte mit, daß im Herbst v. J. ein „neuer Burgfriede auf Gegenseitigkeit“ beschlossen worden sei unter der Voraussetzung, daß die Sozialdemokratie ihre Oppositionsstellung aufgeben. „Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, die Schaffung von Arbeitskammern sind in das Programm nur unter der Bedingung aufgenommen worden, daß die Partei des Herrn Scheidemann der neuen Regierung keine Schwierigkeiten macht.“

Das Aktionsprogramm der abhängigen Partei wurde in einer Versammlung zu Stuttgart besprochen. Dabei stellte Herr Heymann u. a. folgende Grundsätze für die Taktik der abhängigen Partei auf: Das Programm müsse den Willen der Partei zur Mehrheitsbildung mit anderen Parteien zum Zweck der Uebertragung der Macht der Volksvertretung auf die Handlungen der Regierung klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Die Partei müsse zur Durchsetzung bestimmter Forderungen zur Mitarbeit mit anderen Parteien bereit sein. Ausschlaggebend sei der Wille zur Mehrheitsbildung. Die Gedanken des Herrn Heymann sollen zu bestimmten Leistungen ausgearbeitet werden.

Gegen die Entente-Socialisten zieht das Parteivorstandsmitglied Hermann Müller in einem Artikel der Neuen Zeit vom 1. Dezember, der von

der ganzen abhängigen Parteipresse zitiert wird. Herr Müller erklärt, daß seine Partei nicht daran denke, die Geschäfte des — Ententeimperialismus zu besorgen. Vom Imperialismus der Mittelmächte und dem Verhalten der deutschen Regierungsozialisten zu diesem ist in dem Artikel Müller mit seiner Silbe die Rede.

Im Herzogtum Aitenburg fand vor kurzem ein Landesparteiabend statt, auf dem festgestellt wurde, daß die Mitgliederzahl im Lande 1964 betrage. Mit besonderer Genehmigung wurde betont, daß die Unabhängigen im Lande noch keinen Eingang gefunden hätten. Der Mitgliederbeitrag wurde für männliche Mitglieder auf wöchentlich 15 Pfg. und für weibliche auf wöchentlich 10 Pfg. festgesetzt. Nach einem Referat Happers über die politische Lage wurde eine Resolution eingebracht, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß Fraktion und Parteileitung mit allen Mitteln die „drohende Herrschaft der Militärpartei vereiteln“. „Wenn die Verweigerung der Mittel zum Kriege dazu beiträgt, die Haltung der Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen, so hat die Fraktion die weitere Geldbewilligung abzulehnen.“

Für die obere Rheinprovinz fand kürzlich ein Bezirks-Parteiabend statt, auf dem die Mitgliederzahl des Bezirkes auf 6641 angegeben wurde. Auch hier wurde mit Genehmigung hervorgehoben, daß die Unabhängige Partei keinen Eingang im Bezirk gefunden habe, bis auf eine Kreisorganisation in Köln. In der Diskussion, nach einem Vortrag Meersfelds, trat auch klar zutage, daß die Stimmung in den Reihen der abhängigen Parteimitglieder durchaus nicht friedlich ist. Eine Reihe von Diskussionsredner verlangte ein schärferes Auftreten der abhängigen Fraktion im Reichstage. Auch die Ablehnung der Steuererlasse wurde verlangt, wenn es nicht gelinge, die volksfeindlichen Massenverbrauchssteuern zu Fall zu bringen. Auch mit der Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages war man nicht einverstanden.

In einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Herford Halle wurde mitgeteilt, daß noch 434 organisierte Mitglieder vorhanden seien. Auch hier wurde in der Diskussion ein entschlosseneres Auftreten der Reichstagsfraktion verlangt.

In Jena hat die Vaterlandspartei beschlossen, einen Aufruf gegen die letzte Scheidemannrede zu erlassen und diesen mit gesammelten Unterschriften an den Reichstag zu senden. Als machvolle Gegenemonstration haben die Jenaer Unabhängigen einen Abwehranruf verfaßt und gehen nun gleichfalls auf Unterschriftenausgang aus. Man will mit dieser Aktion eine (eindrucksvolle) Friedensdemonstration warkieren.

Die Bewilligung der neuen Kreditkredite ist nach einer Mitteilung des Vorwärts in der Fraktion der Unabhängigen mit allen gegen 8 Stimmen beschlossen worden. Die Annahme des Gewaltfriedensvertrages mit Rumänien wurde in der Fraktion mit 25 gegen 24 Stimmen beschlossen.

Das Blättchen, das die Hallejener Unabhängigen gegen unser dortiges Volksblatt ins Leben gerufen hatten, hat am 1. Juli sein Erscheinen eingestellt. Der Redakteur Wendemuth, früher in Solingen, übernimmt die Redaktion der Märkischen Volksstimme in Kottbus. — Der Redakteur Dietricher ist in die Redaktion der Schlesischen Wachtzeitung in Beuthen eingetreten. — Im 6. sächsischen Reichstagswahlkreis haben die Unabhängigen unserem Genossen Horn den Parteisekretär Rahmann in Dresden als Gegenkandidaten gegenübergestellt. — Im Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt wurde von den Unabhängigen an Stelle des zu unserer Partei übergetretenen Genossen Brandes der Oberredakteur der Magdeburger Volksstimme Vaber als Kandidat aufgestellt. — Der bisherige Oberredakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel, Eduard Adler, ist aus der Redaktion ausgeschieden und hat die journalistische Tätigkeit überhaupt aufgegeben. An seine Stelle tritt ein Herr Bernh. Kausch, der zur Zeit als Artillerie-Leutnant an der Westfront steht. Herr Kausch, ein noch junger Mann, war einige Zeit als Hilfslehrer des Zentralbildungsausschusses tätig und arbeitete dann vorübergehend in der Redaktion unseres Zeiter Parteiblattes. Dieses bemerkt jetzt zur Wahl Kausch's: „Bernh. Kausch, der sich vor dem Kriege als Vertreter des damals inhaftierten Genossen Streinisch in der Redaktion des Volksboten die ersten journalistischen Sporen verdiente, hat sonach mit seiner Meinung über den sozialdemokratischen Leutnant auch seine politischen Anschauungen radikal geändert.“ — Helma Steinbach, die in der Frauenbewegung der alten Partei sehr tätig und bekannt war, ist kürzlich im Alter von 71 Jahren in einem kleinen Orte bei Ravensburg verstorben. Da sie mit ihrem gleichfalls verstorbenen Freunde v. Ellen die Belehrung zum Regierungsozialismus mitgemacht hatte, werden ihr in der regierungsozialistischen Presse warme Nachrufe gewidmet. Vor allem tut das das Hamburger Echo, in dem früher die Verstorbene häufig sehr stark angegriffen wurde.

Groß-Berliner Chronik.

Die Reichstagswahl im 1. Berliner Wahlkreis ist vom Oberpräsidenten auf den 15. Oktober festgesetzt worden.

Maschinengewehrschüsse knatterten am Montag abend auf dem Courbiereplatz. Dort kam gegen 8 Uhr ein anscheinend geisteskrank gewordener Unteroffizier Schirrow vom Lehr-Infanterieregiment vorbei. Sein Maschinengewehr, das er bei sich trug, setzte er auf der Wiese des Courbiereplatzes nieder und setzte es in Tätigkeit. Etwa 40 Schuß gab er ab, die alle

aus vor dem Maschinengewehr in den Rasen gingen, so daß zum Glück niemand zu Schaden gekommen ist. Ein Schußmann und mehrere Soldaten nahmen ihm das Maschinengewehr und die Patronen ab und führten ihn zur Polizeiwache des 58. Polizeiregiments.

Mit der Regierung verhandeln wollen Parteivorstand, Generalkommission und Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission. So haben die Abhängigen in einer Sitzung beschlossen, die am 27. Juni stattgefunden hat. In dieser Sitzung hat Herr Busch ein Bild von der Stimmung unter den Arbeitern in den Betrieben gezeichnet. Diese sei nach erfolgter Kürzung der Brotzation eine äußerst gespannte. Verzwelfelter würde es nach der Kürzung der Kartoffelration und der Fleischportion. Es müsse unter allen Umständen eine Besserung herbeigeführt werden, sonst werde es den besonnenen Elementen schwer, auf die Dauer dem steigenden Unmut zu wehren. In Sachen der Wahlrechtsfrage schenke man der Regierung kein Vertrauen mehr. Neue Steuern gingen Hand in Hand mit Lohnkürzungen. Vielsach sei auch die Meinung vorhanden, daß die Fraktion im Reichstag und im Landtage die Interessen der Arbeiter nicht energisch genug wahrnehme. Die größte Erregung rufe unter der Arbeiterschaft hervor, daß jeder, der es wage, für die Interessen seiner Kollegen einzutreten, Gefahr laufe, sofort an die Front abgehoben zu werden. Die Dinge hätten einen hohen Grad der Erbitterung erzeugt. Man müsse versuchen, gewaltsame Ausbrüche zu vermeiden. Dazu bedürfe es eines weitgehenden Entgegenkommens der Regierung. Er schlage deshalb vor, eine Kommission zu wählen, bestehend aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission und der Berliner Gewerkschaften, die den Auftrag erhält, mit der Regierung zu verhandeln. Es würde sich dabei in der Hauptsache um folgende Programmpunkte handeln: Besserung der Lebensmittelfrage. Lohnkürzungen dürfen während des Krieges nicht vorgenommen werden. Bei Mangel an Arbeit sollen keine Entlassungen vorgenommen, sondern Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt werden. Ferner soll über Versammlungsfreiheit, Zensur, Wohnungsfrage usw. verhandelt werden. Scheidemann hält die verzweifelte Stimmung erklärlich, aber die Anklagen gegen die Fraktion seien nicht gerechtfertigt. Er schob die Schuld auf die Parlamentsberichterstattung, die unvollkommen sei. Sie hätten aber immer für die Arbeiter gearbeitet. In der Sache war er auch für die Kommission. Herr Braun vom Parteivorstand strich die Landtagsfraktion heraus und setzte die Arbeit der Unabhängigen herab. Die Arbeiter glauben diesen Leuten nicht mehr. Schließlich wurden die Vorschläge angenommen. Die Frage, ob die Unabhängigen zur Teilnahme aufgefordert werden sollen, wurde mit allen gegen 5 Stimmen verneint. Mögen sie ihren Gang antreten. Wir beneiden sie nicht um ihre Hoffnungen. Wir könnten ihnen schon vorher sagen, welche Antwort sie mitbringen.

Aus der Bewegung.

In Magdeburg fand am 11. Juli eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Brandes über das Thema: 3 Milliarden neuer Steuern sprach. Die gründliche Kritik, die der Redner an dem, die Lebenshaltung der breiten Massen belastenden Steuerflücker übte, fand lebhaften Beifall. Die Haltung der U. S. P. D. in der Steuerfrage bewirkte, daß eine Menge Neuaufnahmen in der Versammlung gemacht werden konnten und daß auch ein beträchtlicher Teil von Anhängern der abhängigen Partei zur U. S. P. D. übertraten.

In Braunschweig ist bekanntlich vor einiger Zeit eine Anzahl von Parteigenossen wegen angeblichen Hausfriedensbruchs freigesprochen worden. Sie waren seinerzeit von dem regierungsozialistischen Geschäftsführer Bogler angezeigt worden. Jetzt liegt das schriftliche Urteil vor, durch das die regierungsozialistischen Zeitungsränder vollständig ins Unrecht gesetzt werden. In dem Urteil werden folgende Tatsachen gerichtlich festgestellt: 1. Das Eigentum der Braunschweiger Arbeiter, der „Volksfreund“ und das Volksfreundunternehmen, ist gegen den Willen der Braunschweiger Arbeiter auf Anregung des Parteivorstandes entwendet worden. 2. Die zu Recht bestehende Preiskommission war im März und April 1917 die alte Preiskommission unter dem Vorsitz des Genossen Kugelberg. 3. Ohne diese Preiskommission zuzuziehen, wurde der Volksfreundraub vollzogen. 4. Die Handlungen der Firmen-träger Riefe und Ohlendorf waren und sind rechtsungültig. 5. Der Geschäftsführer Bogler ist zu Unrecht Geschäftsführer, da er nicht nach den Bestimmungen des Regulativs angestellt wurde. Seine Handlungen am 5. April waren rechtsungültig und alle seine Handlungen haben keine rechtliche Gültigkeit. 6. Die Arbeiter Braunschweigs, die im März und April 1917 den Volksfreundraub zu verhindern suchten und ihn bis zum Eingreifen der Polizei, der Bogler das Hausrecht, welches er unrechtmäßig sich anmaßte und ausübte, abertrug, auch verhinderten, haben in berechtigter Verteidigung ihres Eigentums und ihres Rechtes gehandelt.

Der Kampf um das Halle'sche Volksblatt wird nunmehr die letzte Instanz, das Oberlandesgericht in Braunschweig, beschäftigen. Der Termin ist auf den 11. Dezember festgesetzt. Unser Halle'sches Parteiblatt hat im letzten Jahre 4700 Abonnenten neu gewinnen können. Hoffentlich gelingt es, die Raubgefäße der Abhängigen auf das Blatt unserer Halle'schen Genossen zu vereiteln.

Bei einer Landtagserwahl im Bezirk Kottweil (Württemberg) wurden in 8 Ortschaften 268 Stimmen für Karl Liebknecht abgegeben. Die bürgerlichen Parteien und der Regierungsozialismus hatten sich bürgfriedlich verständigt, so daß das Mandat den Nationalliberalen zufiel. Die demonstrative Stimmabgabe für Liebknecht zeigt aber, daß die Opposition in Württemberg an Umfang gewinnt.

Aus den Organisationen.

Kreis Niederbarnim. In der Zeit vom 22. Juli bis 10. August ist das Büro in den ersten 3 Tagen der Woche, Montags, Dienstags und Mittwochs geschlossen.

Der Kreisvorstand.

3. Kreis. Alle Anfragen und Zuschriften des Kreises sind zu richten an den Vorsitzenden Hermann Schweikardt, SO. 28, Reichenberger Str. 178, für Krankentassen-geschäfte an den Kassierer, Rudolf Budde, S. 59, Magdabacher 2.

Sonntag, den 21. Juli, findet ein Familienausflug nach Mahlsdorf-Süd (Hubertus) statt. Abfahrt 9,5 Uhr vormittags vom Schlessischen Bahnhof nach Köpenick. Nachzügler treffen sich im Restaurant Hubertus. Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Die Jugendweih in Neukölln findet am Sonntag, den 22. September statt. Anmeldungen bitte im Büro Neckarstraße 3 und bei den Funktionären abzugeben.

Der Vorstand.

Hermisdorf. Am Sonntag, den 21. Juli veranstalten die Parteigenossen von Hermisdorf und Umgegend ein Sommerfest im Gasthaus „Lindengarten“, Berliner Straße. Die Berliner Genossen sind hierzu eingeladen.

Aus der Zeit.

Aus einem wilden Lande. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Das Kriminalgericht in Kopenhagen sprach in diesen Tagen drei Jungsozialisten frei, die bei der Demonstration am 1. Mai Fahnen mit aufreizender Aufschrift getragen hatten. Das Urteil wurde damit begründet, daß die Verhafteten die politische Ueberzeugung einer gesetzmäßig zulässigen Partei behauptet hätten. Der Polizeipräsident beachtete, die Sache an das Reichsgericht gelangen zu lassen. — Dieses Dänemark ist doch ein zurückgebliebenes Land.

Hinter den Kulissen der Kriegsgewinne. Der „Reichenberger Tagespost“ entnehmen wir folgende lehrreiche Zusammenstellung:

Auf Grund von Erhebungen, die anlässlich verschiedener Verhandlungen dem Gerichtshofe vorgelegt worden sind, meldet „Budapesti Hirlap“ folgende Einzelheiten über die Geheimnisse der Kriegsgewinne:

I.

Ein Budapester Großkaufmann hatte im Jahre 1915 dem ihm übersendeten Bogen über die Kriegsgewinnsteuer mit der Bemerkung zurückgeschickt, daß sein Jahreseinkommen 20 800 Kr. nicht übersteige. Derselbe Kaufmann hat im Jahre 1916 ein Jahreseinkommen von 48 000 Kr. und im Jahre 1917 ein solches von 90 000 Kr. erliefert. In Zusammenhang mit einer Preistreibelei richtete sich die Beachtung der Behörden auf sein Geschäft; seine Anmeldungen schienen verdächtig, so daß die Ueberprüfung seiner Bücher angeordnet wurde. Das Ergebnis war überraschend. Es stellte sich heraus, daß sein Jahreseinkommen im Jahre 1915 280 000 Kr., im Jahre 1916 1 800 000 Kr. und im Jahre 1917 3 700 000 Kr. betragen hatte. In den drei Jahren hatte er also zusammen 5 642 000 Kr. Reineinkommen verheimlicht und den Staat mit der Summe der nach diesem Vermögen verheimlichten Kriegsgewinnsteuer geschädigt.

II.

Ein galizischer Flüchtling, der in einem Monatszimmer mit mehreren Personen zusammen wohnte, gestand anlässlich einer Verhandlung vor Gericht, daß er einen großen Teil seines Vermögens verheimlicht hatte und trotzdem jährlich 580 000 Kr. Kriegsgewinnsteuer bezahlen mußte.

III.

Ein Budapester Vermittler hatte im Café Edison bei einer Gelegenheit den Verkauf von 100 000 Stück Schaflederwesten vermittelt und an dem Geschäft als Vermittlungsgebühr 5 Kr. für das Stück, also insgesamt 500 000 Kr. während fünf Viertelstunden „verdient“. Der Käufer wollte davon 10 000 Kr. abhandeln, der Agent wollte sich das aber nicht gefallen lassen. Die Angelegenheit kam vor Gericht und der Richter mußte dem Vermittler auch noch die 10 000 Kr. zusprechen.

IV.

In einer in die Öffentlichkeit gedrungenen und später vor Gericht gebrachten Spirituslieferungsangelegenheit haben zwei Agenten je 60 000 Kr. bloß damit verdient, daß sie die beiden Parteien zusammengebracht hatten und beiläufig zwei bis drei Tage hindurch ein bis zwei Stunden verhandelten.

V.

Ein Agent schmuggelte zehn Waggons Fett nach Triest und verdiente an diesem verbotenen Geschäft 130 000 Kr. für den Wagon, also insgesamt 1 300 000 Kr. Auf Grund einer anonymen Anzeige erfuhr die Behörde von diesem Schmuggel. Die Bücher und Briefe des Agenten wurden einer Prüfung unterzogen, doch konnte keine greifbare Schuld festgestellt werden. Unter dem Druck anderer Beweise aber gestand der Agent schließlich alles ein.

Als Gegenstück hierzu sei daran erinnert, daß das österreichische Volk sich mit 90 Gramm, also einer Schnitte Weizenbrot für den Tag und mit 1 Pfund Kartoffeln für Kopf und Woche abfinden muß. Die Kriegsgewinnler können sich darüber hinwegsetzen.

Für unsere Jugend.

Der Abmarsch ins bürgerliche Lager.

Was wir lange vorausgesehen haben, das soll jetzt Tatsache werden: Die Jugendbewegung der „Abhängigen“ geht mit fliegenden Fahnen zur bürgerlichen Jugend. In den Armen liegen sich die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ und der Jungdeutschlandbund, Heinrich Schulz und der nächstbeste christliche Jungfrauenverein. Wir sehen schon im Geiste beim kommenden Auszug der „Arbeiterjugend“ vorneweg die Kapelle der Jugendwehr mit Trommeln und Pfeifen. Es versteht sich von selbst, daß dabei nicht die rote Fahne voranflattert wird. Die Jugendbewegung der Schulz-Ebert-Zentrale ist da angekommen, wo sie nach ihrer ganzen Aufmachung schon längst hingehörte.

In der Nr. 13 der „Arbeiter-Jugend“ unternimmt es nämlich ein unrühmlich bekannter Führer der abhängigen Jugendbewegung, der Reichstagsabgeordnete Heinrich Schulz, den Jugendlichen zu beweisen, daß sie doch in Wirklichkeit von der bürgerlichen Jugendbewegung wenig trenne. Er entrollt da folgendes mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch stehende Bild.

Schon als kleine Kinder hätten sie sich auf der Straße und auf den Spielplätzen nicht abgesondert. Ob Beamtenskind oder Kind wohlhabender Leute, alle wären Spielkameraden gewesen. Ob die Väter ihrer Spielgenossen religiös oder nicht religiös waren, sozialdemokratischer, liberaler oder konservativer Gesinnung, danach hätten sie und die anderen nicht gefragt. Sie seien Freunde gewesen, oft auch im späteren Leben. Dann in der Schule sei es ähnlich wie auf dem Spielplatz gewesen. Neben dem Arbeiterkind säße der Schulmannssohn und der Sohn des Krämers. Sie hätten miteinander verkehrt, ohne daß das politische oder religiöse Glaubensbekenntnis der Väter eine Rolle gespielt hätte. Und so wäre es bis zur Schulentlassung gegangen. Da hätten die Jugendlichen von dem Recht, sich eine eigene Kameradschaft zu suchen, Gebrauch gemacht. Der Schulmannssohn wäre zum evangelischen Junglingsverein gegangen, der Sohn des Krämers zum Jungdeutschlandbund, das Arbeiterkind dagegen zur freien Jugendorganisation. Jetzt träte der Sohn des Arbeiters gelegentlich mit den früheren Schulkameraden, die andere Wege gegangen seien, zusammen. Da hörte er, daß die anderen in der freien Zeit vieles ebenso machten, wie er. Sie gingen in das Jugendheim, wo Zeitungen und Zeitschriften auslagen, wo Gesellschaftsspiele zur Verfügung ständen, wo gesungen und geschertzt würde. Des Sonntags seien sie auch auf dem Spielplatz und wanderten ebenfalls mit anderen Freunden in die Natur. Da wäre dem Arbeiterkind vielleicht schon der Gedanke gekommen: warum muß das alles getrennt sein, das Jugendheim, das Spielen und Wandern.

„Diese Fragen hätten ihre Berechtigung. Es brauchte in der Tat nicht zu sein, daß auf allen Gebieten der Jugendbewegung solche scharfe Trennung aufrechterhalten wird,“ sagt Heinrich Schulz. Wenn von der Gemeinde Jugendheime, Spielplätze und Turnhallen eingerichtet würden, so könnte man sich daran beteiligen, wenn es dort unparteiisch zugehe.

So steht es gedruckt in der „Arbeiter-Jugend“, schwarz auf weiß. Und der Jugendliche fragt denn auch ganz selbstverständlich: „Ist dann die eigene Jugendbewegung nicht überflüssig?“ Wir antworten: „Ja, die Jugendbewegung der abhängigen „Arbeiter-Jugend“ ist überflüssig, denn sie unterscheidet sich in nichts von der bürgerlichen Bewegung. Sie will auch nur Jugendheime, in denen man Gesellschaftsspiele spielen kann, in denen zum Zeitvertreib gesungen und geschertzt wird; sie wollen auch nur spielen und wandern wie die Bürgerlichen. Sie wollen die Gegensätze, die nun einmal im kapitalistischen Staate bestehen, verwischen. Ihre Sehnsucht ist, daß die Kinder der Besthenden mit den Arbeiterkindern zusammenwandern. Das vollzieht sich übrigens wie man weiß nur so, daß in der Jugendkompagnie die ersteren die Unteroffiziere und die Arbeiterkinder die Untergebenen spielen. Gegensätze, die ihre wirtschaftlichen und sozialen Ursachen haben, die sich in den verschiedensten Formen, in der Schulbildung, in der Kleidung usw.,

durchs ganze Leben ziehen, die glaubt man, beiseitigen zu können. Sie wollen noch mehr. Dieselbe Jugendpflege, dieselbe Bevormundung der bürgerlichen Jugendvereine, die den Erwachsenen in der abhängigen Jugendbewegung so wesensverwandt ist, kann in Gemeinsamkeit noch rationeller betrieben werden. Sie wollen die unmündige Jugend bis zur Militärzeit „erziehen“, wie man kleine Kinder bemuttert. Das läßt sich mit besonders angestellten Jugendpflegern allerdings vortrefflich machen. Schulz will sich dabei auch der neuen Jugendämter bedienen. Auf diese neue Gefahr für die proletarische Jugendbewegung hatten wir schon leztthin hingewiesen. Aber die Abhängigen sehen keine Gefahr. Nein, die gemeinsame Arbeit mit dem Bürgertum mit Hilfe der Jugendämter ist die Verwirklichung ihrer Träume.

Es zeigt sich an diesen Proben, daß die Ziele der abhängigen Jugendbewegung zur bürgerlichen passen, wie die bunte Uniform zum Jungdeutschlandbund. Darum können wir auch nicht einsehen, daß noch eine eigene abhängige Jugendbewegung notwendig ist. Man wendet dort ein: Für besondere Vorträge über den Sozialismus und ähnliches. Wir meinen, der Sozialismus, der dort von Schulz und anderen gelehrt wird, könnte ebensogut von einem evangelischen Pastor vertreten werden, und dann hätte man doch den Vorteil, daß auch die bürgerliche Jugend davon profitiert.

Innerlich war die abhängige Jugendbewegung schon längst mit der bürgerlichen verbunden, jetzt soll das auch äußerlich in die Erscheinung treten. Leicht verständlich wird dieser Entwicklungsprozeß, wenn man die Dinge im Zusammenhang betrachtet mit dem ganzen gesellschaftlichen Leben der Kriegszeit. Dieselben abhängigen Führer der Jugendbewegung haben seit Jahren im politischen Leben nicht nur den Kampf aufgegeben, sondern sich mit dem Bürgertum verbunden, weil man in dem Wahne lebt, gemeinsame Interessen zu haben. Diese Zusammenarbeit mit dem Bürgertum führte logischerweise auch zur Zusammenarbeit auf anderen Gebieten, so hier in der Jugendbewegung. Darum stehen heute die abhängigen Führer nicht mehr im Kampf gegen die bürgerliche Jugendbewegung, sondern sie wirken in vollster Harmonie mit ihr.

Aber sie haben die Rechnung ohne die arbeitende Jugend gemacht. Die Jugend erkennt, daß es gemeinsame Interessen mit dem Bürgertum nicht geben kann. Darum wird sie sich auch nur der Jugendbewegung anschließen, die den Kampf gegen die bürgerliche Jugendbewegung auf ihre Fahne geschrieben hat: der freien Jugend.

Wieder auf der richtigen Fährte.

Genosse W. Schuster sendet uns aus Anlaß des Zusammenschlusses der Berliner oppositionellen Jugend folgende Ausführungen:

Der Weltkrieg hat die Lebensbedingungen der Arbeiter nach vielen Richtungen hin verändert. So vor allem durch die vermehrte Hineinziehung der Frauen und besonders der Jugend in das Erwerbsleben. Die vor dem Kriege geschaffenen kläglichen Arbeiter- und Jugendschutzgesetze wurden von der Regierung ganz automatisch je nach Bedarf aufgehoben, so daß heute Millionen jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen bei überlanger Arbeitszeit und in Tag- und Nachtschicht in der Kriegsindustrie tätig sind, um zum fargen Lebensunterhalt in der Familie beizutragen. Wenn sich der Schutz der Jugend seitens der Behörden schon früher nur auf Uebergriffe und Mißstände beschränkte, so fällt er heute vollständig fort. Die Lage der jugendlichen Arbeiter ist geradezu trostlos, weil der junge, in der Entwicklung begriffene Mensch infolge der aufregenden und anstrengenden Arbeit körperlich und geistig dahinsiecht. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, unter dem wir leben, schreitet unbarbarisch über diese Bedenken hinweg, es kennt nur die Vergrößerung des Geldsackes und richtet sich nicht nach den sozialen Bedürfnissen der Menschen. Hiergegen gibt es nur die Selbsthilfe: Zusammenschluß aller Unterdrückten und Kampf gegen dieses System. Die Jugend selbst ist zu schwach, um sich aus dieser Lage zu befreien. Sie kann es nur im Verein mit den erwachsenen Arbeitern, die sich in der gleichen Lage befinden. Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn sich nicht nur die Jugend, sondern auch die erwachsene Arbeiterschaft in Organisationen zusammenschließen hat, um das heutige Wirtschaftssystem zu beiseitigen. Im praktischen Lageskampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse hat sich auch der einzelne erwachsene Arbeiter als zu schwach erwiesen. Aber der Zusammenschluß allein genügt noch nicht, um zum Ziele zu gelangen. Man muß die Macht der Organisationen auch anwenden. Endgültig würde die Arbeiterklasse zur Macht kommen durch Massenver-

weigerung der Arbeitskraft in der kapitalistischen Gesellschaft und durch Uebernahme aller Arbeitsmöglichkeiten (Fabriken usw.), sowie aller öffentlichen Ämter. Dies ist ein schwieriger, aber der einzig richtige Weg, weil durch gütiges Zureden bei Unternehmern und Regierung die Lage der Arbeiter noch nie verbessert wurde. Hierüber wäre noch sehr viel zu sagen, allein der Rahmen dieses Aufsatzes gestattet es nicht.

Ueber diesen Kampf der Arbeiterorganisationen ist besonders seit Kriegsausbruch ein heftiger Streit in der Arbeiter- und Jugendbewegung entstanden. Zwei Richtungen kämpfen in der Hauptsache miteinander. Die eine will den Interessen der Arbeiter dienen, wenn sie durch Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmern kleine Verbesserungen erreicht, um so schrittweise zum Ziele zu gelangen. Im übrigen will sie zur Verteidigung des Landes hinter ihrer Regierung stehen, sowie jeden Kampf, weil nationale Schwächung, einstellen. Die andere Richtung hält diesen Weg für falsch, denn die Geschichte der sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse hat seine Erfolglosigkeit längst bewiesen. Die Arbeiterschaft verliert durch diese Kompromißpolitik ihre eigentlichen Ziele aus den Augen. Sie wird auch durch die scheinbare Befriedigung ihrer Wünsche immer wieder erneut an die heutige Wirtschaftsordnung gelehrt und durch Beteiligung an der „nationalen Verteidigung“ dem profitierenden Imperialismus dienstbar gemacht. Die internationale Verbrüderung der Völker aber wird vernachlässigt. Des ferneren wird auf den entscheidenden Kampf um den Sozialismus und die Beseitigung des herrschenden Wirtschaftssystems verzichtet. Diese andere Richtung will deshalb den internationalen Kampf gegen Krieg und Kapital, weil nur durch eine radikale Lösung der sozialen Frage der Arbeiterschaft geholfen werden kann. Aus diesem Streit um Weg und Ziel ist nun die Spaltung in der Arbeiterbewegung entstanden, wobei besonders die Jugend bahnbrechend voranging. Uns interessiert hierbei besonders die Jugendbewegung.

(Schluß folgt.)

Kommt ins Jugendheim!

Des abends, wenn unsere Jugend ihr schweres Tagewerk vollendet hat, wenn sie ermüdet heimkehrt vom Lärm der Fabriken, vom Hämmern und Bohren der Maschinen, da endlich kann sie aufatmen. Nur wenige Stunden der Freiheit sind ihr vergönnt, nur eine kurze Zeit darf sie frei denken und tun, was sie will. Aber auch diese wenige Zeit ist nicht der Erholung und Freude bestimmt. Der Kampf ums Dasein kürzt auch hier der Jugend ihre Rechte. Gerade die jetzige Zeit sorgt dafür, daß auch im Kreise der Angehörigen die Freude nicht aufkommen kann. Der Vater ist tot, kündigt den Tod vor Augen. Jede Nachricht von ihm bringt neue Sorgen. Die Mutter muß verdienen, denn es reicht nicht zum Leben. Sie muß nach aufreibender Arbeit die notwendigste Nahrung herbeiholen. Die Nacht bleibt frei für sie, um in der Häuslichkeit zu schaffen. Da kann sie nicht mehr Zeit finden, um mit liebender und sorgender Hand ihren Kindern des Abends ein freudevolles Heim zu bieten. Darum tritt jetzt mehr wie sonst die Notwendigkeit hervor, der Jugend die Gründe für dieses freudlose Dasein zum Bewußtsein zu bringen und die Freude und Erholung, nach der sie verlangt, in besonderen Heimen zu bieten.

Sie findet alles reichlich in unseren Arbeiterjugendheimen. Dort finden sich auch die jungen Burschen und Mädchen mit ihren Alterskameraden zusammen, um sich gegenseitig ihr Herz auszusprechen. Dort können sie sich ausdrücken und über die Not der Zeit, über ihre Ursachen und Wirkungen diskutieren. Sie hören ja in der Fabrik von ihren älteren Kameraden so manches Wort über die heutigen Zustände, das auch ihr Denken angeregt hat. Und hier im Kreise von Gleichgesinnten kann man sich über all dies klar werden, denn man will sich selbst ein Urteil bilden. Hier im Jugendheim finden aber auch diejenigen ihren Platz, die in einem Buch Anregung und Belehrung finden wollen. Dort können sie in Ruhe und bei guten Büchern den Abend verbringen. Und die jüngsten, die in dieser schweren Zeit immer noch Jot und Wust zum Spielen finden, die können es tun.

Jugendheime befinden sich in:

- Berlin, Brunnenstraße 57, 5. part. (Geöffnet: Wochentags 7-10 Uhr abends, Sonntags 6 bis 10 Uhr abends.)
- Berlin, Königsbergerstr. 7, vorn I. (Wochentags 6 bis 10 Uhr, Sonntags 7-10 Uhr.)
- Reinickendorf, Anendstr. 79, vorn part. (Dienstags und Donnerstags 7-10 Uhr, Sonntags 4-10 Uhr.)
- Lichtenberg, Doffestr. 2, vorn. (Dienstags und Freitags abends.)
- Friedrichshagen, Schornweberstr. 39, Hof geradezu. (Mittwochs und Sonnabends 8-10 Sonntags 7-10 Uhr.)
- Mariendorf, Ringstr. 83, vorn part. (Mittwochs und Sonnabends 8-10, Sonntags 5-10 Uhr.)

Worte von Goethe.

Denken und Tun, Tun und Denken, das ist die Summe aller Weisheit, von jeher anerkannt, von jeher geübt, nicht eingesehen von einem jeden. Beides muß wie Aus- und Einatmen sich im Leben ewig fort hin und wieder bewegen. Wer sich zum Gesetz macht, was einem jeden Neugeborenen der Genius des Menschenverstandes heimlich ins Ohr flüstert, das Tun am Denken, das Denken am Tun zu prüfen, der kann nicht irren, und irrt er, so wird er sich bald auf den rechten Weg zurüdfinden.

Franz Mehring an die Bolschewiki.

Der in der „Prawda“ veröffentlichte offene Brief des Genossen Mehring ist von der J. K. zurücküberkehrt und veröffentlicht worden. Jetzt liegt der Wortlaut des Briefes nach seinem ursprünglichen deutschen Entwurf vor. Da er bei den Diskussionen in der Partei eine Rolle spielt und verschiedene Erklärungen zur Folge gehabt hat, drucken wir denselben vollständig ab. Er lautet:

„Geehrte Genossen!

Es mag anmaßend erscheinen, wenn ich, ein einzelner Ihrer deutschen Gesinnungsgenossen, den russischen Kameraden brüderliche Grüße und herzliche Glückwünsche sende. Aber in Wahrheit schreibe ich Ihnen doch nicht als Einzelner, sondern als Vertreter der Gruppe Internationale, der Spartakusleute, derjenigen sozialdemokratischen Richtung in Deutschland, die seit vier Jahren unter den schwierigsten Umständen, auf demselben Boden, mit derselben Taktik kämpft, wie sie von Euch angewandt worden, ehe die glorreiche Revolution Eure Anstrengungen mit dem Siege gekrönt hat. Mit neidlosem Stolz empfanden wir den Sieg der Bolschewiki als unseren Sieg, und wir würden uns freudig zu Euch bekennen, wenn unsere Reihen nicht arg gelichtet wären und viele von uns — und wahrlich nicht die Schlimmsten — hinter den Mauern des Gefängnisses schmachteten, wie die Genossin Rosa Luxemburg, oder hinter den Mauern des Zuchthauses, wie der Genosse Karl Liebknecht.

Könnte ich wenigstens bessere Kunde von dem Leben innerhalb der deutschen Arbeiterwelt senden! Aber der Regierungssozialismus kriecht noch immer wie ein Delfied um sich, so sehr er moralisch und politisch abgewirtschaftet haben mag und täglich mehr abwirtschaftet. Es ist noch das wenigste, daß er, unter dem Schutze des Belagerungszustandes, durch allerhand schäbige Kniffe und Pfiffe, nahezu sämtliche Arbeiterblätter an sich gerissen hat, und täglich durch Hundert Röhren sein Gift und seinen Schmutz in die proletarischen Massen gießen kann. Ungleich bedenklicher ist, daß diese Massen dem Regierungssozialismus ein Entgegenkommen zeigen, das ihm nun schon in drei Wahlschlachten ermöglicht hat, die Unabhängige Sozialdemokratie aufs Haupt zu schlagen.

Zwar bei der ersten dieser Wahlschlachten, die nun schon um Jahr und Tag zurückliegt, ließen sich die Dinge noch zur Not erklären. Es handelte sich um den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland, den Karl Liebknecht 1912 zum ersten Male und auch nur durch eine Zufallsmehrheit, erobert hatte, daß sich nun bei der Ersatzwahl alle bürgerlichen Parteien dem Regierungssozialismus vorspannten, um die Wahl eines „Liebknechtianers“ von der preussischen Residenzstadt Potsdam abzuwenden, war begreiflich und eher eine Schande, als ein Triumph für die Regierungssozialisten. Jedoch anders lag die Sache in den Wahlkreisen Niederbarnim und Zwickau-Grimmitschau, in denen kürzlich Ersatzwahlen für die verstorbenen Abgeordneten Stadthagen und Stolle stattfanden, zwei Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie. Beide Wahlkreise gehören zum ältesten Besitze der Partei, sie waren immer radikal vertreten, und in beiden stellten die bürgerlichen Parteien eigene Kandidaten auf, so daß die Entscheidung allein zwischen den Regierungssozialisten und Unabhängigen lag. Gleichwohl regten die Regierungssozialisten spielend, was auf der Gegenseite begreiflicherweise einen uterziehenden Eindruck machte.

Gewiß darf man dabei nicht übersehen, daß mit sehr ungleichen Waffen gekämpft wurde. Den Unabhängigen fehlte Preß- und Versammlungsfreiheit, fehlte jede wirksame Waffe der Wahlagitatorik, während die Regierungssozialisten mit alledem reichlich versehen waren. Aber wie gewichtig man diesen Unterschied einschätzen mag, so reicht er doch nicht entfernt aus, um die Schwere der Niederlage zu erklären; unter dem Sozialistengesetz sind unter ebenso ungünstigen oder noch ungünstigeren Umständen oft genug sozialdemokratische Siege erzielt worden. Die wirkliche Ursache des Übels liegt tiefer; sie hat sich in diesen Wahlen nur offenbart, wie vorher schon in manchen Anzeichen; der Unabhängigen Sozialdemokratie fehlt es an der Stoß- und Werbekraft deren es bedarf, um Arbeitermassen um sich zu scharen und fortzuführen.

Als Personen darf man ihren Mitglidern nichts Meßles nachsagen; es sind sehr tüchtige Kräfte darunter und die alle wollen gewiß das Beste. Aber als Partei sind sie unter keinem günstigen Stern geboren. Sie haben sich viel zu spät und viel zu zögernd von dem Regierungssozialismus getrennt, an dessen Sünden sie allzulange teilgenommen haben; sie haben sich auch gar nicht auf Grund einer gemeinsamen und klaren Ueberzeugung zusammengetan, sondern in vielen und darunter auch wichtigen Fragen gehen ihre Ansichten auseinander; was sie verbindet, ist nicht die Parole: Vorwärts, sondern die Parole: Zurück!

Sie wollen ihre alte deutsche Sozialdemokratie wieder haben, wie sie bis zum 4. August 1914 war. Sie wollen zurück zur „alten bewährten Taktik“ mit den „glänzenden Siegen“ von Reichstagswahl zu Reichstagswahl und den siegreichen Schlachten gegen den „Revisionismus“ von Parteitag zu Parteitag. Dieses eigenartige Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie ist aber nichts als eine Utopie, und eine reaktionäre dazu. Sie will einen Leichnam ausgraben und zu neuem Leben schminken. Die ehemalige deutsche Sozialdemokratie mit ihrer „alten bewährten Taktik“ ruht unter den zermalenden Märdern des kapitalistischen Triumphwagens. Sie existiert nicht mehr; es gibt nur noch eine deutsche Sozialdemokratie, wie sie im August 1914 geworden ist.

Dieser Sehnsucht der Unabhängigen Sozialdemokraten nach einer Vergangenheit, die niemals wiederkehren wird, entspricht ihre völlige Blindheit für die treibenden Kräfte der Gegenwart. Den Schmerz über die Niederlage in Niederbarnim versüßten sie sich durch eine heftige Fehde gegen die Bolschewiki, die in ihrer Presse der Menschewiki A. Stein und neben oder vielmehr über ihm der große Theoretiker K. Rautsky führten. Eine wahrhaft antike Heldentat und ein staats-

männlicher Tlistau, über den sich Marx, könnte er es erfahren, dreimal im Grabe umbrechen würde. Es ist überhaupt bezeichnend für die Partei, daß sie in Rautsky einen heiligen Propheten verehrt, obgleich sie mindestens seit dem 4. August 1914 wissen muß, daß dieser gelehrte Schulmeister auch nicht über die leiseste Spur von Marxens revolutionärem Geiste verfügt.

Aus alledem ergibt sich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie keine Stoß- und Werbekraft in der deutschen Arbeiterklasse entfalten kann. Die Arbeiter wissen sehr genau, was die Solidarität ihrer Klasse für sie bedeutet; wenn sie sich mit einer Spaltung ihrer Partei befremden sollen, so wollen sie wissen, wofür sie diesen in ihren Augen hohen und mit Recht hohen Preis zahlen. Mit einer reaktionären Utopie ist ihnen dann nicht gedient, selbst wenn diese Utopie zu verwirklichen wäre, so stände man nicht am Ende der Krise, sondern immer erst an ihrem Anfange. Denn der Krach vom 4. August 1914 ist nicht wie ein Bliz aus heiterem Himmel gefallen, sondern er war die Folge eines langen Siechtums, das trotz aller glänzenden Außenseiten an der Partei zehrte, und ihre Wiederherstellung in den damaligen Stand der Dinge würde nur die Wiederherstellung dieses Siechtums sein. Gewiß kann sich die Unabhängige Sozialdemokratie darauf berufen, daß sie die Spaltung nicht gewollt hat, sondern halb mit Gewalt aus der Partei gedrängt worden ist, aber es ist die Folge ihrer unentschiedenen und zweischlächtigen Politik, daß die Massen ihnen den Rücken kehren, weil sie in ihnen die Urheberin einer Parteiserfrenheit sehen, die weder einen rechten Zweck noch ein rechtes Ziel hat. In der Tat — was ist damit gewonnen, wenn die Regierungssozialisten sagen: Wir bewilligen die Kriegskredite, aber beileibe nicht aus prinzipiellen Gründen, und wenn die Unabhängigen sagen: Wir verweigern die Kriegskredite, aber beileibe nicht aus prinzipiellen Gründen. Das Ja wie das Nein entspringt doch demselben Wunsche, den Belz des Bären zu waschen ohne ihn naß zu machen.

Soweit die Ersatzwahlen einen Schluß zulassen, kann die Unabhängige Sozialdemokratie von den 28 Reichstagsmandaten, über die sie vor Jahr und Tag verfügte, höchstens noch auf 2 oder 3 mit Sicherheit rechnen. Das wäre an sich noch kein Unglück, aber da sie „gemäß der alten bewährten Taktik“ vorwiegend eine parlamentarische Partei ist, so ist es doch ein unheimliches Vorzeichen kommender Dinge. Schon der Selbsterhaltungstrieb und, wie wir aufrichtig annehmen, auch ihr Pflichtgefühl wird sie um so mehr anspornen, „gemäß ihrer alten bewährten Taktik“ zu kämpfen; nur wer sich einbildet, daß sie über die Grenzen dieser Taktik hinaus einen Finger rühren wird, und sei es um die höchsten Güter der Menschheit, der ludigt einer Illusion, die ihm um so verhängnisvoller werden wird, je größer die Russenschläger sind, die er auf diesem Fluglande erbaut.

Im schroffsten Gegensatz zu der Unabhängigen Sozialdemokratie hat die Gruppe Internationale vom Beginn des Weltkrieges an allen Selbsttäuschungen den Laufpaß gegeben und sich in ihren „Leistungen“ und sonstigen programmatischen Kundgebungen niemals der Erkenntnis verschlossen, daß nach dem entscheidenden Zusammenbruch des 4. August 1914 nur ein völliger Neubau der Internationale möglich und nötig sei. Anfangs von allen Seiten angefeindet und verfolgt und nicht zum wenigsten von den gegenwärtigen Häuptern der Unabhängigen — haben wir immer das Glück gehabt, offene Ohren und Herzen bei den Arbeitern zu finden und denselben Opfermut, den einst ihre Väter unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes bewiesen haben. Nur in einem haben wir uns getäuscht: nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen — selbstverständlich unter Wahrung unseres selbständigen Standpunktes — ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärts treiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen; alle Anläufe dieser Art scheiterten daran, daß unsere besten und erprobtesten Leute von Führern der Unabhängigen als Vorkämpfer verdächtigt wurden, was auch ein liebes Erbteil der „alten bewährten Taktik“ ist.

Darüber könnte man schließlich die Köpfe zuden, aber was unseren Leuten den Geduldsfaden gerissen hat, das ist der sinnlose Kampf, den Rautsky und Kompanie gegen die Bolschewiki führen. Wir begreifen den zitternden Unwillen dieses Denkers darüber, daß die Bolschewiki soweit die Grenzen der „alten bewährten Taktik“ überschritten haben, aber man konnte einen Schimmer Hoffnung hegen, daß er aus seinem Marx, den er nach seiner eigenen Angabe auswendig kennt und ganz gewiß wortgetreu herzusagen vermag, gelernt haben würde, es schade sich nicht für Leute, die ruhig und sicher im Auslande läsen, zur Freude der Bourgeoisie und der Regierungen die Stellung revolutionärer Kämpfer zu erschweren, die unter den schwierigsten Verhältnissen und großen persönlichen Opfern wirken.

Indeffen hat es nicht sollen sein und so gebe ich mit diesem Schreiben gern dem Wunsche nach, der aus den Kreisen der Gruppe Internationale in der letzten Zeit wieder und wieder an mich herangekommen ist: Dem Wunsche, den russischen Freunden und Gesinnungsgenossen zu sagen, daß wir uns durch alle Bande leidenschaftlicher und tiefer Sympathie mit ihnen verknüpft fühlen, und daß wir in ihnen — und nicht etwa in den Gespenstern der „alten bewährten Taktik“ — die kraftvollen Vorkämpfer der neuen Internationale bewundern, jener Internationale, von der es in unseren Leitfäden heißt: „Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale“.

Mit Gruß und Handschlag

Euer

Franz Mehring.

Berlin, 3. Juni 1918.

Auf die auch von uns bereits veröffentlichte Abwehr der Parteileitung veröffentlicht Genosse Mehring folgende

Erklärung.

In Nr. 153 der „Leipziger Volkszeitung“ richtet die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie

Deutschlands“ scharfe Angriffe gegen einen „Offenen Brief“, den ich in der russischen Presse veröffentlicht habe. Ich will Sie nicht mit einer Verteidigung meines Artikels behelligen, nicht nur mit Rücksicht auf Ihren beschränkten Raum, sondern auch weil mein Artikel keiner Verteidigung bedarf, nachdem er die Wirkung, die er haben sollte, in umfassendstem Maße erzielt hat. Auch insoweit die Parteileitung nach einer uralten, aber immer gleich kindlichen Methode die Richtigkeit meiner Kritik dadurch zu widerlegen sucht, daß sie die Person des Kritikers schlecht macht, finde ich keinen Anlaß zur Erwiderung, es sei denn, daß diese irreführenden Behauptungen nach Rußland gelangen sollten, wo man die Verhältnisse nicht so genau kennt wie in Deutschland; dann wird es an einer deutlichen Antwort nicht fehlen.

Nur in einem Punkte muß ich Sie bitten, mir eine kurze Erklärung gegen die Angriffe der Parteileitung zu gestatten. Deren Urteil ist schon deshalb hinsichtlich, weil es auf einer ganz unzureichenden Kenntnis meines Artikels beruht. Die Uebersetzung, auf die sich die Parteileitung stützt, stammt aus der J. K., also einem gegnerischen Blatt, das allerdings selbst schon bei der Veröffentlichung der Uebersetzung auf deren nur bedingten Wert hinwies. Meine Absicht, die deutsche Urschrift in einem süddeutschen Blatt zu veröffentlichen, scheiterte an Umständen, die zu ändern nicht in meiner Macht steht, und mein der Parteileitung gemachtes Anerbieten, ihr mein Manuskript zuzustellen, sobald ich es aus Stuttgart zurückerhalten hätte, wurde keiner Antwort gewürdigt. Die Parteileitung zog es vor, um in ihren eigenen Worten zu sprechen, die Gefahr zu laufen, „aus einer eventl. unrichtigen Uebersetzung falsche Schlüsse zu ziehen“, und dieser Gefahr ist sie denn auch reichlich unterlegen. Ich würde mich indessen auch darüber bei der geringen Bedeutung, die ihre Angriffe für mich haben, nicht weiter beschweren, aber ich hätte allerdings gewünscht, daß die Parteileitung bei der Vernichtung meines Artikels einen ähnlichen Vorbehalt wegen der Richtigkeit der Uebersetzung gemacht hätte, wie die J. K. bei der bloßen Veröffentlichung.

Offentlich Donnerkeile zu schmieden, mit dem geheimen Bewußtsein, „aus einer evtl. unrichtigen Uebersetzung falsche Schlüsse zu ziehen“, scheint mir eine neue, aber nicht empfehlenswerte Sitte des literarischen Verkehrs zu sein, gegen die ich als ihr erstes Opfer immerhin einen bescheidenen Protest einlegen möchte.

Steglitz-Berlin, 7. Juli 1918.

Mit Parteigruß

Franz Mehring.

Hierauf antwortete die Parteileitung:

„Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat nicht die Absicht, eine Polemik mit dem Genossen Mehring zu führen oder gar „seine Person schlecht zu machen“.

Sie erfüllt lediglich ihre Pflicht, wenn sie in die Welt gesetzte falsche Behauptungen in ruhiger, sachlicher Weise richtig stellt. So hat sie es auch gehalten. Als sie zu ihrer Uebersetzung durch ein gegnerisches Blatt, die J. K., Kenntnis von dem offenen Schreiben Mehrings an die „Prawda“ erhielt.

Die Behauptung des Genossen Mehring, daß das Urteil der Parteileitung auf einer ganz unzureichenden Kenntnis seines Artikels beruhe, ist durchaus unrichtig. Aus dem Text der „Prawda“, dessen Uebersetzung wir auf ihre Richtigkeit haben nachprüfen lassen, geht hervor, daß die unserer Erklärung zugrunde gelegten Stellen sinngemäß richtig wiedergegeben sind.

Die J. K. hat auch ihrerseits nicht einen Vorbehalt wegen der Richtigkeit der Uebersetzung gemacht. Genosse Mehring irrt in dieser Beziehung. Die J. K. hat vielmehr ausdrücklich die Richtigkeit ihrer Uebersetzung betont, die in der Tat, wie wir uns aus der „Prawda“ überzeugen können, sinngemäß ist. Die J. K. hat lediglich den selbstverständlichen Vorbehalt gemacht, daß bei der Uebersetzung aus dem Russischen der Stil Mehrings nicht wiedergegeben werden könne.

Genosse Mehring ist auch im Irrtum befangen, wenn er erklärt, daß sein der Parteileitung gemachtes Anerbieten, ihr seine Manuskripte zuzustellen, keiner Antwort gewürdigt sei. Wir sind dem Genossen Mehring keine Antwort schuldig geblieben.

Nachdem er es nicht für nötig befunden hatte, aus eigenem Antriebe uns eine Abschrift seines Manuskripts zu senden, haben wir ihn darum erlucht. Darauf hat er uns am 28. Juni et. die Zusendung „binnen einiger Tage, spätestens in nächster Woche“ zugesagt. Bis heute haben wir jedoch das Manuskript nicht erhalten.

Wollten wir nicht die Parteigenossen des In- und Auslandes, die eine Erwiderung auf die Angriffe Mehrings erwarteten, in den Glauben versetzen, daß diese Angriffe unwiderlegbar seien, so mußten wir die „Prawda“ für unsere Antwort benutzen.

Das war um so mehr unser Recht, als das, was in der „Prawda“ stand, eine Uebersetzung erforderte.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Buchdruckerei

Maurer & Dimmick

SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets — Mitgliedsbüchern — Programmen

sowie sämtlichen Drucksachen.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: G. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.